

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement 3/4 Btl. pro Quartal:
 Vierteljahr 1.30 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Beitungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 sechs oder sieben Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 nachmittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 2. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Aussichten des Ausnahme- gesetzes.

Das durch den Staatsstreich dem preussischen Volke auf-
 oktroirte Herrenhaus hat das Ausnahmegesetz gegen die Sozial-
 demokratie nach den Rathschlägen der Stumm und Redlich
 beschlossen. Die Regierung, welche ein andersgeartetes Gesetz
 wünschte, hat sich vor dem Herrscher des Saarreviers gebeugt
 und sich bereit erklärt, die sozialdemokratischen Vereine und
 Versammlungen von der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit
 auszuschließen.

In drei Wochen muß das Abgeordnetenhaus wieder zu-
 sammentreten und in den Hochsommertagen soll sich die Frage
 entscheiden, ob Preußen Deutschland wieder unter sozialisten-
 geführte Zustände zurückkehren soll. Die Entscheidung liegt
 bei einer Partei, welche seit Jahrzehnten ihre einstigen liberalen
 Grundsätze mehr und mehr aufgegeben, mehr und mehr
 sich in den Dienst blinder Reaktionspolitik gestellt, das
 Sozialistengesetz mitbeschlossen und seine Verlängerungen mit-
 verschuldet hat.

Was ist von dieser Partei jetzt zu erwarten?
 Die Nationalliberalen haben bei den mehrmaligen Ab-
 stimmungen, denen das Gesetz des Herrn v. d. Recke und die
 zu ihm eingebrachten freikonservativen Abänderungsvorschläge
 bereits unterlagen, eine Stellung gegen die Regierung und die
 Konservativen eingenommen und deren Entwürfe zu Fall
 gebracht.

Aber die letzte Entscheidungsstunde steht noch aus. Wird
 die Partei, die solche Vergangenheit hinter sich hat, standhaft
 bleiben? Oder wird sie in letzter Stunde noch eine Drehung
 vollziehen, würdig ihres bekannten Spottnamens?

Die bisherige Haltung der Partei in dieser Frage giebt
 starken Anlaß zum Mißtrauen. Die Nationalliberalen hatten
 es mehrmals in der Hand, das Gewebe der Reaktion zu
 zerrissen. Aber indem sie den Ausschluß der Minder-
 jährigen gutheissen, ermöglichten sie die endlose Hinausschleppung
 der Regierungssaktion und verschuldeten sie die Annahme des
 Redlich-Gesetzes im Hause der Feudal-Aristokratie. Die Partei
 sagte zwar, daß sie so handeln müsse, um ihren eigenen Stand-
 punkt zu wahren, und sie wollte die Ueberzeugung haben,
 daß die Regierung die Sache nicht weiter forttreiben würde.
 Waren diese Behauptungen ehrlich, so waren sie überaus
 thöricht. Und da man den Herrn nicht allzuviel Thorheit
 zutrauen darf, so muß man allerdings zu der Meinung gelangen,
 daß wahrscheinlich noch andere geheime Nebenabsichten
 jene Haltung der Nationalliberalen bestimmten. Es erscheint
 als sehr wohl möglich, daß die Partei, nachdem sie
 sich durch die Art, wie die Regierung ihre Pläne
 bekannt gab und vertrat, verletzt gefühlt und in erster Ent-
 wüstung gegen dieselben erklärt hatte, später schwankend ge-
 worden ist. Schwankend in doppelter Hinsicht; schwankend,
 indem einzelne Mitglieder der Partei gänzlich widerwillig den
 Fraktionsbeschlüssen nachgaben, und schwankend, indem auch
 andere Mitglieder, wennschon sie sich nicht mit der Aktion der
 Regierung befreunden konnten, so doch sich auch in der Rolle,
 ausschlaggebend für die Opposition und gegen die Regierung
 zu sein, nicht recht gemüthlich fühlten.

In den Gemüthern der nationalliberalen Parteimänner,
 die sonst ein Muster von „Besonnenheit und Ruhe“ abgaben,
 war lebhafteste Bewegung und Erregung in den lehtver-
 gangenen Wochen. Man täuschte sich nicht: Ihre Vergangen-
 heit hätte eigentlich für eine andere Stellungnahme zur lex
 Recke gesprochen, als sie sie einnahmen. Sie nahmen diese
 verhältnismäßig oppositionelle Haltung ein, nicht indem
 eine feste und prinzipielle Ueberzeugung sie dazu
 genöthigt hätte, sondern nur infolge einer Reihe von
 Augenblicksindrücken, die gerade auf sie wirkten. Da hatte
 sich kurz vorher die allerkrasseste Putzlamerei in Pommer-
 nien breit gemacht und auch die Liberalen mitbetroffen. Da war
 die Verstimmung gegen die agrarischen börsenfeindlichen
 Neigungen der Regierung. Dazu fühlte man sich benachtheiligt
 bei den Kammerbesprechungen gegenüber Junkern und Aristokraten
 und schließlich schwer gekränkt durch das Verhalten des Herrn
 von der Recke, für den bei der Vorbereitung seiner Gesetzes-
 vorlage die Nationalliberalen garnicht zu existiren schienen.

Aus diesen Verstimmungsmomenten ergab sich die ab-
 lehrende Haltung der nationalliberalen Partei des Ab-
 geordnetenhauses, wobei allerdings nicht zu vergessen ist,
 daß immerhin auf dem linken Flügel der Partei auch
 prinzipiell keine starke Neigung für neue Ausnahmegeetze vor-
 handen ist. Es giebt eine Anzahl Persönlichkeiten in
 der Partei, welche den Glauben an die sozialistenvernichtende
 Kraft der Ausnahmegesetzgebung nicht mehr haben, welche
 neue Experimente auf diesem Gebiete für schädlich halten.
 Diese Richtung hat die andere, reaktionäre diesmal mit
 sich gezogen.

Aber wie stark auch die ausnahmegesetzfreundliche
 Strömung innerhalb der nationalliberalen Partei ist, das
 zeigten einige Ausführungen ihrer Führer bei der zweiten
 Lesung der Vorlage, an die wir in diesem Zusammenhang
 erinnern müssen. Der Abg. Schmieding sagte:

„Vor allen Dingen aber wünschen wir, daß, wenn gegen
 die Sozialdemokratie auf gesetzlichem Wege vor-
 gegangen werden soll, dann man eine solche Materie
 nicht so nebenbei regelt. Dann halten wir es für die
 Aufgabe der Regierung, die Initiative zu ergreifen, dann
 muß sie den Muth haben, uns zu sagen: es sind wieder Zustände

eingetreten, wo wir ohne ein Sozialistengesetz nicht fertig werden
 können. Dann hat sie die Verantwortung zu tragen, und dann
 haben wir uns zu überlegen, ob wir der
 Initiative der königlichen Staatsregierung
 folgen können.“

Und ähnlich Dr. Sattler:
 „Wir haben in betreff des allgemeinen Vereins- und Ver-
 sammlungsrechts bereits auf unserem letzten Parteitag erklärt:
 wir wollen keine reaktionäre Zurückbildung des allgemeinen Vereins-
 rechts, weil wir nicht wollen, daß unter der Bekämpfung einzelner
 gefährlicher Strömungen die allgemeine Freiheit der Entwicklung
 leidet. Aber, meine Herren, wir haben durchaus nicht erklärt,
 wir halten jede Ausnahme-Gesetzgebung auf diesem Gebiete für
 unbedingt verwerflich, wenn uns nachgewiesen wird, daß dieselbe
 erforderlich ist, um den Staat zu schützen.“

Nachdem nationalliberale Redner sich in dieser Weise
 ausgesprochen haben, müssen wir mit der starken Möglich-
 keit rechnen, daß die Beschlüsse des Herrenhauses that-
 sächlich Gesetz werden.

Wohl hat Herr Hobrecht die Erklärung abgegeben,
 daß seine Partei sich zu keiner anderen Stellungnahme ent-
 schließen werde. Wohl wiederholten Nationalliberale Kor-
 respondenz, „National-Zeitung“ und andere Blätter der
 Partei jene Erklärung in allerlei Variationen. Wohl darf
 man diese Erklärungen nicht als Täuschungsversuche ansehen.
 Und dennoch — die Akten der lex Recke stehen recht gut!

Besonders ist es ein Moment, auf das die „Liberalen
 Korrespondenz“ hinweist, welches die Nichtigkeit dieser An-
 nahme zu beweisen scheint.

Freiherr v. Stumm sagte in seiner Herrenhausrede
 am vorigen Donnerstag:

„Die Chance des Gesetzes im anderen Hause betreffend, habe
 ich Kenntniß von Strömungen, welche auf die National-
 liberalen dahin einen Druck ausüben, daß sie entweder für die Vor-
 lage stimmen oder sich der Abstimmung enthalten
 sollen. Letzteres gebietet doch nicht zu den Unwahrscheinlichkeiten;
 es ist nicht unwahrscheinlich, daß vielleicht ein Duzend zum
 Verlassen des Lokals bewogen werden kann. Was
 das bei der geringen Mehrheit bedeutet, brauche ich nicht auszu-
 führen.“

Was ist hieraus von nationalliberaler Seite er-
 widert worden? In der Sitzung des Herrenhauses selbst
 hat nach der Rede des Freiherrn v. Stumm kein
 Nationalliberaler mehr zur Sache das Wort genommen.
 Vorher hatte zwar der Oberbürgermeister Westberg aus
 Kassel gesagt: Durch die offizielle Erklärung aus dem Munde
 Hobrecht's im Abgeordnetenhaus sei die Stellung der national-
 liberalen Partei marxant festgesetzt und sie würde „alle
 Achtung im Lande verlieren, wenn sie in einigen Wochen
 wieder anders stimmen würde“. Ueber den Plan aber,
 durch bloßes Fernbleiben eine andere Ent-
 scheidung herbeizuführen, hat sich kein National-
 liberaler im Herrenhause ausgesprochen.

Noch auffälliger war es, daß Tags darauf die „National-
 liberale Korrespondenz“ in einer Mittheilung, zu der sie sich
 ausdrücklich ermächtigt erklärt, mit aller Schärfe betonte, daß
 „auch nicht ein Bruchtheil der Fraktion für die Regierungsvor-
 lage oder für die lex Redlich stimmen würde“; über die
 Frage aber, ob nicht ein Duzend Mitglieder bei der Abstimmung
 fehlen werden, schweigt auch diese Mittheilung.

Und noch weniger Klarheit gaben die gewundenen Er-
 klärungen, mit denen der Abg. Sattler in der Freitagssitzung
 des Abgeordnetenhauses den Stumm'schen Ausführungen ent-
 gegen trat.

Herr v. Stumm hat alldann in der letzten Sitzung des
 Herrenhauses vom 30. Juni seine obige Aeußerung wiederholt
 und ihren Inhalt näher begründet, ohne von nationalliberaler
 Seite eine Antwort zu erhalten. Die „National-Zeitung“ von
 gestern Abend zitiert allerdings die Stumm'sche Zustimmung
 und weist sie erregt zurück. Sie schreibt:

„Es ist zu erwarten, daß Herr v. Stumm darauf die ge-
 gebende Antwort aus der Mitte der parlamentarischen Fraktion
 der Nationalliberalen zu theil werden wird. Am nachdrücklichsten
 wird es dadurch gesehen, daß kurz nach der auf den 22. Juli
 anberaumten zweiten Abstimmung des Herrenhauses über seine
 gestrigen Beschlüsse das Abgeordnetenhaus dieselben, und damit
 die Vereinigtes-Notelle, vermöge des Verhauens der gesammten
 nationalliberalen Fraktion auf ihrem bisherigen Standpunkte,
 endgiltig verwerfen wird. Am 23. oder 24. Juli
 wird das Schicksal dieses unbegreiflichen gesetzgeberischen Unter-
 nehmens besiegelt sein.“

Wir sind wiederum überzeugt, daß die „Nat. Ztg.“ keine
 Spiegelschere treibt, daß sie selbst wirklich den endgiltigen
 Fall der Vorlage wünscht.

Aber die „Nat. Ztg.“ ist nicht die nationalliberale Ab-
 geordnetenhaus-Fraktion, sie hat diese Fraktion keineswegs
 geschlossen hinter sich.

Kann sie etwa garantiren für das Feststehen aller national-
 liberalen Abgeordneten? Erst dann wäre die Sache in guten
 Wegen, wenn die Mitglieder der national-
 liberalen Fraktion vor ihrem Auseinander-
 gehen sich zu vollzähliger Erscheinung am
 23. Juli verpflichtet hätten.

Das ist aber offenbar nicht geschehen.

So liegt allerdings die Möglichkeit sehr nahe, daß that-
 sächlich eine Anzahl von Mitgliedern der nationalliberalen
 Partei bei der entscheidenden Abstimmung sich, etwa unter
 Beibringung ärztlicher Atteste, als behindert entschuldigen wird.

In anbetracht des ganzen früheren Verhaltens der
 nationalliberalen Partei, der oben zitierten Meinungs-
 änderungen der Herren Schmieding und Sattler, des Hoch-

drucks, der in der Zwischenzeit von mächtiger Seite her
 auf die Herren ausgeübt werden wird — die „Nord-
 deutsche Allgemeine Zeitung“ beginnt schon, in dieser
 Richtung zu arbeiten — wird die Annahme der
 lex Recke-Redlich in hohem Maße wahr-
 scheinlich.

Die Arbeiterklasse aber, welche wieder vogelfrei erklärt
 werden soll, fürchtet sich nicht vor dem neuen Ausnahmegesetz.
 Sie wünscht es nicht, daß die sozialen und politischen Kämpfe
 unnöthigerweise verschärft und zugespitzt werden. Aber
 wenn eine gewalthätige und kurzfristige Reaktion es so
 will, die Arbeiterklasse wird mit dem neuen preussischen
 Miniatur-Ausnahmegesetz ebenso fertig werden, wie sie mit
 dem großen Ausnahmegesetz fertig geworden ist. Der
 Sozialdemokratie wird aus den Brutalitäten
 ihrer Gegner nur neue Kraft und schnellere
 Entwicklung erwachsen!

Jaurès' Interpellation über die Agrarfrage.

Paris, 29. Juni.
 Die Rede, mit welcher Genosse Jaurès zur Begründung seiner
 Interpellation über die Agrarfrage bereits zwei Sonnabend-
 Sitzungen angefüllt hat, ist noch immer nicht zu Ende. Er wird
 erst am nächsten Sonnabend schließen. Inzwischen bilden die ersten zwei
 Theile derselben ein geschlossenes Ganzes. Man findet darin
 wertvolle Ansätze über die Lage der verschiedenen Schichten
 der ländlichen Bevölkerung Frankreichs, über die Entwicklungs-
 Tendenzen der französischen Landwirtschaft und eine scharfe Kritik
 der Leistungen der herrschenden Parteien für das Landvolk. Im
 letzten Theil wird dann Jaurès die endgiltige sozialistische Lösung
 der Agrarfrage und die unmittelbaren Uebergangsreformen zur
 Hebung der Lage der ländlichen Bevölkerung darlegen.

Die amtliche Agrarstatistik in Frankreich steht unter aller
 Kritik. Die erste und letzte umfassende landwirtschaftliche Enquete
 datirt aus 1867, die letzte dezennale Agrarstatistik aus 1882.
 Die Ergebnisse der Statistik von 1892 bleiben noch immer
 unbenutzt — ein deutlicher Beweis des lösen Willens und Ge-
 wissens des herrschenden Klasses. Jaurès mußte also, insofern das im
 Rahmen seiner Aufgabe stand, mit den veralteten Zahlen von 1882
 operiren. Hauptächlich aber stützte er sich auf die im Dezember
 vorigen Jahres von der sozialistischen Kammerfraktion
 veranstaltete Enquete, welche in manchen wichtigen Punkten
 werthvolles Material geliefert hat.

Jaurès begann seine von Mitleid und Empörung durchdrungene
 Schilderung der Lage der ländlichen Bevölkerung mit
 der Erklärung, daß die Sozialisten sich in erster Linie
 für die 3/4 Millionen ländlicher Proletarier
 (Tagelöhner, Knechte und Diensthöten) interessiren. Die Land-
 arbeiter sind eine so abhängige Klasse, daß sie als eine zu ver-
 nachlässigende Größe behandelt werden. Das Parlament hat sich nie
 mit ihrer Lage beschäftigt. Kaum daß nach langen Jahren das, übrigens
 bis heute zwischen Senat und Kammer hin- und hergeworfene Gast-
 gesetz zum Theil (für die Unfälle bei Bedienung der land-
 wirtschaftlichen Maschinen) auch auf die Landarbeiter ausgedehnt
 worden soll. Gelegentlich der Getreidezölle- und der Zuckerprämi-
 en-Debatten forderten die Sozialisten vergebens die Sicherung eines
 Existenzminimums für die Landarbeiter, nachdem den Grundbesitzern
 und Industriellen ein Einkommensminimum bzw. Profitminimum
 gesteuert worden war.

Die Löhne der Knechte und Diensthöten betragen in
 den günstigsten Fällen 350 Francs jährlich außer der Nahrung.
 Die Nahrung ist ganz elend, die Ueberarbeitung unmenslich.
 Die Tagelöhner erhalten gewöhnlich, selbst in der Nähe
 kleiner Städte, einen Lohn, der um ein Drittel niedriger
 ist als der Lohn der Industriearbeiter. Abgesehen von den
 Holzbauern des Departements Cher, die um einen Tagelohn von
 30—75 Cts. arbeiten, beträgt der Lohn der sonstigen Tagelöhner im
 Winter nicht über 2 Fr. (einschließlich der Nahrung) und nur
 ganz ausnahmsweise 2 1/2 Fr. während des Durchschnitts, 3 1/2—4 Fr.
 während der Ernte und der Weislese. Um aber den Jahresverdienst
 herauszurechnen, muß man die seit einigen Jahren zunehmende
 Arbeitslosigkeit in betracht ziehen. In gewissen Gegenden
 ist die Arbeitslosigkeit die Folge der aus Kapitalmangel nach
 der Ueberausverwüstung nicht wieder angepflanzten Wein-
 berge. Im allgemeinen aber wächst die Arbeitslosigkeit in-
 folge des Fortschrittes des landwirtschaftlichen
 Maschinenbetriebes. Da nach sachmässiger Berechnung
 die derzeitige Entwicklung des Maschinenbetriebes 25 Fr.
 Arbeitslohn pro Hektar erspart und die mit Maschinen bearbeitete
 Bodenfläche auf 10 Millionen Hektar (die Hälfte des Groß-
 grundbesitzes) geschätzt werden kann, so ergibt sich insgesamt seit
 etwa 15 Jahren eine Verminderung der Lohnsumme um 250 Millionen
 jährlich.

Der Jahresverdienst der Tagelöhner stellt sich, wie diese an-
 geben, in den günstigsten Fällen auf 5—600 Fr.

Demnach beurtheile man die Hoffnungen der Ordnungspolitiker
 auf die Möglichkeit, für die Landarbeiter Grundbesitz zu erwerben.

Die Halbpächter (1/2 Million) erhalten, ausgenommen die
 armen Gebiete des Landes, selten 1/2 der Ernte, gewöhnlich die
 Hälfte, aber in vielen Gegenden weniger als die Hälfte; der Grund-
 besitzer erbeut von der Theilung für sich halb 1/2, bald 1/4 der Ernte
 unter dem bezeichnenden feudalen Namen des „Rebaten“. Dazu
 müssen die Halbpächter in ausgedehnten Gebieten auch die Hälfte
 der Grundsteuer tragen, und zwar namentlich gerade seit dem Fallen
 der Getreidepreise. Die Steuerhälfte beträgt in Wirklichkeit häufig
 mehr, indem der Grundbesitzer dem Halbpächter nie den amtlichen
 Steuerzettel zur Einsicht vorlegt. Eine weitere Uebervertheilung
 ist es, daß die Halbpächter, wenn auch in geringerem Grade als die
 Pächter, des von ihnen dem Boden einverleibten Mehrertrages be-
 vorzuziehen werden. Dagegen sind sie verpflichtet, die erhaltenen Futter-
 vorräthe und den Viehstand nach Ablauf des Pachtrabattes trotz
 des inzwischen eingetretenen Preisfalles in gleichem Geldwerthe
 zurückzuerstatten.

Und wie sieht es um die Bauernschaft? Kann wenigstens der bescheidene Kleinbäuerliche Grundbesitz erhalten, gerettet werden? Jaures verneint das entschieden.

In einer an Thatsachen und Gedanken reichen Kritik hielt er zunächst Abrechnung mit dem Widerstand der Mehrheit der gegenwärtigen Kammer gegen jede bauernrechtliche Reform und mit der Agrarpolitik Meline's überhaupt, um dann die ökonomischen Ursachen des Verfalls der bäuerlichen Wirtschaft aufzudecken.

Die Meline'sche Schutzpolitik hat sich bereits als ein ganz trügerisches Rettungsmittel erwiesen. Theoretisch stellte sich Jaures ausdrücklich auf den Boden der Marx'schen Brüsseler Rede über den Freihandel und wies den Bankrott der Meline'schen Schutzpolitik an der Hand der Thatsachen nach. Der durch die Weltkonkurrenz hervorgerufene allgemeine Preisfall der landwirtschaftlichen Produkte ist durch die Zölle nicht verhindert worden. Seit 20 Jahren sind die Preise sämtlicher Produkte der französischen Landwirtschaft um ca. ein Drittel gesunken — mit der Regelmäßigkeit und der Unwiderstehlichkeit eines Naturgesetzes. Der vor 4 Jahren eingeführte Getreidezoll von 7 Fr. hat bisher eine Differenz von nur 3 Fr. zwischen den zollfreien Londoner und den französischen Getreidepreisen bewirkt. Erst im Mai dieses Jahres (auf die Nachricht von einer ungünstigen Ernte in den Vereinigten Staaten und infolge der Rücksichten auf eine mittelmäßige Ernte in Frankreich) hat der Siebenfrankens-Zoll auf dem französischen Markt seine volle Wirkung geübt. Wohlgemerkt aber, erst im Mai, d. h. 11 Monate nach der letzten Ernte, zu einer Zeit, da die geldbedürftige Bauernschaft bereits längst ihr ganzes Getreide verkauft hat.

An einzelnen konkreten Beispielen zeigte ferner Jaures die indirekten schlimmen Wirkungen der Zölle auf das beschädigte Land. Infolge des französischen Getreidezolles beginnt man in Südrussland an Stelle von Getreide Wein zu bauen — eine neue Konkurrenz für den französischen Weinbau, während die in den Vereinigten Staaten beginnende Rübenbau- und Zuckersfabrikation das Sinken der französischen Rübenpreise zur Folge habe, und das in höherem Maße, als die durch den Getreidezoll bewirkte Erhöhung der Getreidepreise. Die neuliche Annexion der Hawaii-Inseln erklärt sich aus den Interessen der amerikanischen Zuckerindustriellen, die ihre dortigen großen Zuckerröhren-Plantagen durch die neuen amerikanischen Zuckervoll mitbeschützen lassen wollen. Die allgemeine Schutzzollerei hat zum Schaden der Kontinentalländer die ökonomischen Bande zwischen England und den Kolonien enger geknüpft. Letztere finden einen zollfreien Markt nur noch in England, und so hat Kanada kürzlich Differentialtarife zu Gunsten Englands eingeführt.

Der verhängnisvollste Widerspruch der Schutzpolitik besteht darin, daß sie die inländische Produktion fördert, ohne zugleich den inländischen Verbrauch zu erhöhen. Sie lehrt sich so gegen ihren eigenen Zweck, indem sie Absatzstodungen zur Folge hat. So hat der Butterzoll vor zwei Jahren eine Absatzstodung in der Schweinezucht hervorgerufen. Mit der Verwollung der Butterfabrikation hat sich nämlich die Quantität der Molken in einem Grade vermehrt, daß die Butterfabrikanten dieselben für die Auffütterung von Schweinen ausbeuten konnten. Der Weinsoll hat die Weinproduktion derart erhöht, daß sie mit einem starken Preisfall bedroht ist. Aber auslast der Weinkonsum durch Aushebung der Getränkesteuer auf Kosten der Bourgeoisie zu vermehren, wurde unter Meline der billige Rosinen- und Kunstwein zum Schaden der Arbeiter veräuert.

Man beginnt deshalb in den Bauernvereinen immer skeptischer von den Wohlthaten des Schutzzolles zu denken. Meline tritt nun mit einem neuen Wundermittel auf den Plan. Es ist der Bimetallismus.

Angesichts des Ueberganges zur Goldwährung selbst in Japan und Rußland, angesichts des Sieges der Goldwährung in den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen konnte Jaures spielend die bimetalistische Seifenblase weghauchen. Die Einführung der Goldwährung in Rußland hat die französischen Bimetallisten des letzten Schattens einer Hoffnung beraubt. Sie sind darob so erbittert, daß ihr Führer, Thery, trotz der franko-russischen Allianz in den jarenthlichen Propaganda eine heftige Kampagne gegen die russischen Finanzen überhaupt ins Werk setzte.

Ihr Bimetallismus", rief Jaures Meline zu, welchen Sie jetzt als ein dühiges Paradepono für lancieren sich ansetzen, um den etwas abgerackerten Protektionismus abzulösen, ist noch vor Beginn des Rennens in die Knie gesunken!

Nach der Kritik der unternommenen und geplanten Rettungsversuche geht Jaures über zum Nachweis, daß das bäuerliche Grundeigentum langsam, aber sicher in die Phase des Todeskampfes eingetreten ist.

Der Kleinbauer ist unter mannigfaltigen Formen, wenn auch indirekt, in Abhängigkeit vom großen Grundbesitz und vom Großkapital gerathen. Selbst nach den veralteten amtlichen Zahlen betragen 28 000 Grundbesitzer ebenso viel Hektare wie die 6 Millionen sogenannter bäuerlicher Eigentümer. Die Mehrheit der letzteren ist gezwungen, das dürftige Einkommen aus der Parzelle durch Lohnarbeit bei dem benachbarten Grundbesitzer zu ergänzen, was nebenbei die Lage der ganz hilflosen Landarbeiter verschlimmert. Ferner ist die Verschuldung des Bauernbodens gestiegen. Die bezüglichen Zahlen fehlen — die Herrschenden suchen, wie bemerkt, absichtlich die Wahrheit so lange als möglich geheim zu halten. Die Thatsache ist aber jedem Kenner der Agrarverhältnisse aus eigener Erfahrung bekannt. Und die bei der sozialistischen Fraktion eingelaufenen Antworten, die sonst vielfach auseinandergehen, stimmen über diesen Punkt durchweg überein. Dabei muß die Grundsteuer vom verschuldeten Bauern, der zum Nominal-eigentümer herabgesunken ist, nach wie vor gezahlt werden. Ebenso übereinstimmend sind die Antworten über das Anwachsen der Erbschaftsteuer auf Kosten des Bauernbesitzes, namentlich in der Umgebung der Hauptstadt und der größeren Industriestädte, sowie in den Gebieten der Zuckerindustrie. Das Jagdprivileg fördert die Enteignung der Bauern insbesondere in der Pariser Region. Eine allgemeine Plage der Bauernschaft sind die Zwischenhändler. Dann die immer wachsende Abhängigkeit des Bauern von den Großindustriellen, die unmittelbar landwirtschaftliche Produkte verarbeiten. Die Ausbeutung der Rübenbauer ist seit Einführung der Zuckervoll noch ärger geworden. Und doch hatte Meline die 18 Millionen Prämien namentlich mit der Aussicht auf Erhöhung der Rübenpreise befürwortet. Die Rüben stehen um 1 Franken niedriger als im Vorjahr. Und nun spricht das Fachorgan der Zuckersfabrikanten von der Nothwendigkeit einer weiteren Verminderung der Produktionskosten. Das bedeutet weitere Herabsetzung des Arbeitslohnes und der Rübenpreise.

Weiter. Mit dem fast völligen Verschwinden der kleinen Getreidemüller, mit der fortschreitenden Konzentration der Mühlenindustrie in wenigen Händen ist der Kleinbauer immer mehr beim Getreideverkauf den Mühlenbesitzern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Das gleiche Verhältnis besteht zwischen den Winzern und den Weinsfabrikanten, zwischen den Gemüse- und Obstbauern und den großen Konfekten der Zwischenhändler der städtischen Centralmärkte.

Die Schafmilchbauern des Departements Aveyron haben infolge der vor 3 Jahren erfolgten Konzentration der Käsefabrikation in den Händen der Alliengegesellschaft von Requesfort eine Preisherabsetzung von 100 pCt. sich gefallen lassen müssen.

Daß Jaures neben dem Angeführten auch die gesetzliche Ueberlastung des französischen Bauers mit Steuern und die auf ihn trotz der gesetzlichen Gleichheit schwerer drückende Last des Militarismus (sein Bauernsohn dient, von Krankheitsfällen abgesehen, weniger als 3 Jahre, während 61 pCt. des jährlichen Infanterie-Kontingents nur ein Jahr unter der Fahne dienen) hervorhob, ist selbstverständlich.

Seine Ausführungen über die Lage der Kleinbauern fasste Jaures in die Worte zusammen: „Auf dem Theile des französischen Ackerlandes, dessen Nominal-eigentümer der Bauer ist, lastet zunächst die Hypothekenschuld, die jedes Jahr drückender

wird, dann die Steuerlast, dann die Ausbeutung durch den Zwischenhändler, die Macht der Spekulation, die wucherliche Schrumpfung durch die kapitalistische Großindustrie, welche für sich allein den letzten Teil des bäuerlichen Arbeitsertrages zurückbehält... Ein arabisches Sprichwort lautet: „Das Feld sagt zu seinem Herrn: Gehe mit Deinen Schatten“. Wohlan, könnte man auf dem Feld der Bauern Frankreichs den Schatten derjenigen zurückgeworfen sehen, die dessen wahre Herren sind, so würde man zunächst den ungetreuen Schatten des Fiskus erblicken, sodann den Schatten des Hypothekengläubigers, das erkennbare Profil des Spekulanten, den Schatten der großen kapitalistischen Industrie, und all diese Schatten würden so gut das Eigentum des Bauern bedecken, daß für dessen eigenen elenden Schatten kein Platz mehr bliebe unter der Sonne, die nur der Ausraubung des Bauern leuchtet...“

Im Obigen ein gedrängter Auszug aus dem reichen Thatsachenmaterial, nur sozusagen das Knochengeriippe der Jaures'schen Rede. Wie aber in einem Bericht die lebendige Kraft und Schönheit strotzende Form der Rede wiedergeben? Wie deren echt dichterischen Schwung, den Reichthum an ebenso feinsinnigen wie packenden Bildern, den harmonischen Fluß des gesprochenen Wortes, die vollendete Anpassung der sprachlichen Hülle an den abwechselnden Inhalt, die nachdenkliche Versenkung in die Tiefe der vergangenen und werdenden Thatsachen und die wie ein Freudensfeuer auflodernde Hoffnung auf Befreiung, die schneidende Waffe der Ironie und das zerfetzende Geschick eines von echter Leidenschaft getragenen Pathos, den brausenden Sturm der Empörung wider die Unterdrückung und die weiten, klagenden Töne des Mitleids mit den Unterdrückten, und vollends die Zauberwirkung auf die Zuhörer? Ja, sogar die kapitalistisch-agrarische Mehrheit mühte sich mitunter wider den eigenen Willen auch durch äußere Beifallszeichen ihre Bewunderung für das große Talent des fürchterlichen Gegners kundzugeben. Die Beschwerden einiger hartkapitalistischer Prekariat, den Redestil des sozialistischen Wortführers durch eine feindsüchtige, wo nicht direkt lächerliche Haltung zu hemmen, haben nichts gefruchtet. Durch die andächtig-bewundernde Aufmerksamkeit der ganzen Kammer unterstützt, konnte Jaures auch am zweiten Sonnabend die „Brandfackel des bäuerlichen Aufsturus“ — nach dem Gehwort eines Bourgeoisblattes — schwingen.

Für eine nachhaltige agitatorische Wirkung der Jaures'schen Rede auf das Landvolk haben unsere Genossen bereits gesorgt. Die Rede wird von der „Petite République“ nach dem topographischen Bericht als Broschüre zur Massenverbreitung herausgegeben werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 1. Juli.

Zur Krise. Im heutigen „Reichs-Anzeiger“ steht zu lesen:

I. Seine Majestät der Kaiser haben allergnädigst geruht: dem Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. von Vötticher die nachgesuchte Diensterlassung zu erteilen und denselben von der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers zu entbinden, sowie den bisherigen Staatssekretär des Reichs-Schatzamt Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner zum Staatssekretär des Innern, und den General-Lieutenant z. D. v. Pobjielski zum Staatssekretär des Reichs-Postamts zu ernennen; ferner

den Staatssekretär des Innern, Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. März 1878 § 2 zu beauftragen.

II. Seine Majestät der Kaiser haben allergnädigst geruht: dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. v. Vötticher die nachgesuchte Diensterlassung unter Beibehaltung des Ranges und Titels eines Staatsministers zu erteilen, sowie

den Staats- und Finanzminister Dr. v. Miquel zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums, und den Staatssekretär des Innern Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner zum Staatsminister und Mitgliede des Staatsministeriums zu ernennen.

Neues wird uns da nicht gesagt, denn alles, was der „Reichs-Anzeiger“ da meldet, war längst von den Urhebern an die große Glocke gehängt — was doch auch gewissermaßen eine Flucht in die Öffentlichkeit war. Nur das, was bei einem „Marshall von Baden“ Verbrechen, bei einem ostbaltischen Junker Ausübung einer patriotischen Pflicht ist.

Auch von Vötticher gilt, was wir gestern von dem verkleinerten Kaliber der Nachfolger sagten: ist er auch nicht von gleichem Wuchs wie Marschall und Caprivi, so war er — immer von dem zunächst in Preußen einflussreichsten Miquel abgesehen — nächst jenen beiden unzweifelhaft der bedeutendste Kopf der Reichsregierung, und sein Nachfolger Posadowsky erreicht ihn an geistigem Umfang bei weitem nicht, — ebensowenig wie an Biegbarkeit und schlagfertiger Gewandtheit. Die Biegbarkeit war Herr v. Vötticher's Stärke und Schwäche. Ihr verdankt er, daß er, „der Kleber“, sich so lange auf dem schlaftrüben Hofparquet aufrecht erhalten konnte, trotz der Todesfeindschaft des gestürzten Hausmeiers und seiner Junker und Replimenten.

Ein klein wenig überraschend in den Mittheilungen des „Reichs-Anzeigers“ ist bloß die Notiz betreffend den Husaren-Offizier Pobjielski. Daß ein Militär, der nie im Postwesen beschäftigt war und sein Verwaltungstalent nur als Leiter einer Ausstellung bewiesen hat, einfach an die Spitze des so außerordentlich schwierigen und verwickelten, von Herrn von Stephan genial, wenn auch leider zu bürokratisch organisierten Reichspostwesens „befohlen“ worden sei, — das hatten wir allerdings schon vor Wochen erfahren, allein, obgleich man sich unter dem Bidsakurs das nil admirari (Sich über nichts wundern) des alten Römers angewöhnt hat, so weigerte die öffentliche Meinung sich doch, dies zu glauben. Hier schien ihr die Grenzlinie des selbst im Deutschen Reich Möglichen überschritten. Es war ein Irrthum.

Und das französische Wort, daß jeder Soldat den Marschallsstab im Tornister habe, das ist auch für Deutschland eine Wahrheit geworden, nur mit dem Unterschied, daß bei uns jeder Soldat ein Ministerpostensülle im Tornister trägt.

Nun, wir leben in Militarstaat. Den Intelligenzstaat hat er schon aufgegeben, er wird auch den Beamtenstaat aufgeben, der beiläufig für Preußen's Macht noch mächtiger war als sein Heer. Warum nicht konsequenter sein? Warum auf halbem Weg stehen bleiben? Jetzt sind schon viele Zivilstellen nur für Militärs offen — warum nicht alle?

Warum nicht alle Beamtenstellen, hohe wie niedrige, mit Militärs besetzen? Militärs in die Schule, Militärs an die Universität, Militärs auf die Kanzel, Militärs in alle Ministerien und Regierungsämter?

Herrlicher „Zukunftstaat“ das, an dem die Herren Bachem und Richter ihre Lust haben werden. — Doch wir wollen nicht spotten. Morgen ist's vielleicht Wahrheit. —

Den Pobjielski zu verschlucken, ist selbst den Offizieren nicht leicht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sucht ihn in folgender Notiz hinunterzuwürgen:

„In einer großen Verwaltung wird es sich als nützlich erweisen, wenn von Zeit zu Zeit anstatt eines in regelmäßigen Gang der Verrichtung Herausgekommenen ein Mann an die Spitze tritt, der in mancherlei anderen Arbeitszweigen sich umgesehen hat, neue Gesichtspunkte mitbringt und unvoreingenommen die bisherigen Geschäftsmethoden betrachtet.“

Es würde für Deutschland nicht ohne Nutzen sein, wenn wir die Anschauung, daß eine Person an hoher leitender Stellung den Dienst von unten herauf in demselben Verwaltungszweige gemacht haben müsse, nach dem Beispiel vorgeschrittener Kulturländer wie England und Frankreich, fortliegen würden. Die Vertrautheit mit allen technischen Einzelheiten einer Verwaltung kann nicht als ein unumgänglich notwendiges Erfordernis angesehen werden.

Wie unmöglich wäre es sonst, Minister zu finden, von denen die meisten sich in wesentliche Abtheilungen ihres Amtes erst einarbeiten müssen.

Im Gegentheil: im gewissen Sinne kann gesagt werden, daß notwendige Reformen besser durch Reklame — falls sie nur über das nötige Quantum von Geist und Wissen verfügen — als durch die Männer der traditionellen Praxis besorgt werden.

Diese Erfahrung hat man überall gemacht, selbst in Pöchern, die eine besondere technische Befähigung und Erfahrung erfordern.

Was nun das Reichs-Postwesen im besonderen betrifft, so sind in der Zentralverwaltung desselben so hervorragende Kräfte vorhanden, daß man mit aller Sicherheit auf einen ruhigen ungehörten Gang der Geschäfte rechnen darf. Es ist daher völlig unverständlich, wie man sich so erlaunt zeigen kann über die in Rede stehende Ernennung, und wie man sogar dem Reichskanzler die Gegenzeichnung des Ernennungsdekrets zum Vorwurf machen kann. Das mindeste, was verlangt werden muß, ist, daß man die Erfahrungen abwartet. Wir zweifeln nicht, daß diese die voreiligen Urtheile von heute richtig stellen werden.“

So die „Norddeutsche“.

Spätig ist die Berufung auf England und Frankreich. Daß dort ein Husarenoffizier oberster Postleiter werden kann, ist einfach ausgeschlossen.

Im übrigen sei bloß noch bemerkt, daß den Traditionen der preussischen Staatsverwaltung, die uns bisher heiß als Muster hingestellt war, nie klatschender ins Antlitz geschlagen worden ist, als durch vorstehende Notiz.

Wie muß das auf die preussischen und die Reichs-Beamten wirken? —

Wie Minister verbraucht werden. Es ist eine ischulische Reihe von Ministern und Staatssekretären, die seit dem 16. Juni 1888 im Reich und in Preußen die höchsten Renteur innegehabt haben.

An der Spitze der Reichsregierung haben drei Reichskanzler gestanden, Fürst Bismarck, Graf v. Caprivi, Fürst Hohenlohe. Ihnen zur Seite waren zwei Staatssekretäre des auswärtigen Amtes, Graf v. Bismarck und Freiherr v. Marschall, ein Staatssekretär des Reichsamt des Innern, v. Vötticher, drei Staatssekretäre des Reichs-Schatzamt, v. Jacobi, Freiherr v. Malgahn und Graf v. Posadowsky, drei Staatssekretäre des Reichs-Justizamt, v. Schelling, Hanauer und Niedering, ein Staatssekretär des Reichs-Postamtes, v. Stephan, vier Staatssekretäre des Reichs-Marine-Amtes, Graf v. Monts, Gensler, Hollmann und Lipzig.

In Preußen haben wir während dieser neun Jahre gesehen: vier Ministerpräsidenten: Fürst Bismarck, Graf v. Caprivi, Graf v. Eulenburg und Fürst Hohenlohe, drei Minister des auswärtigen, Fürst Bismarck, Graf v. Caprivi und Fürst Hohenlohe, zwei Finanzminister, v. Scholz und v. Miquel, vier Minister des Innern, Herrsching, Graf v. Eulenburg, von Adler und Freiherr von der Rede, drei Minister der Landwirtschaft, Freiherr von Lucius, von Heyden und Freiherr von Hammerstein, fünf Kriegsminister, Bronsart v. Schellendorff 1., v. Kallendorf-Stachau, v. Bernh. von Bernois, Bronsart v. Schellendorff 2. und v. Goller, drei Justizminister, v. Friedberg, v. Schelling und Schönstedt, drei Handelsminister, Fürst Bismarck, Herr. v. Berlepsch und Biefeld, zwei Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Ranach und Zibelen, drei Kultusminister, v. Goller, Graf v. Zeplich und Bosse.

Von den preussischen Staatsministern ist kein einziger während dieser Zeit im Amte gestorben, von den Staatssekretären Graf v. Monts, Hanauer und v. Stephan.

Nicht weniger als 16 preussische Staatsminister sind seit dem 16. Juni 1888 aus der Regierung geschieden. Das ist, so sagen selbst national-liberale Blätter, in der That ein starker Verbrauch von Ministern in so kurzer Zeit. —

Zu drei Wochen, wo heißt es jetzt, wird der Abschluß der Friedensverhandlungen zwischen den Völkern und der Pforte erwartet. Das klingt nicht sehr vertrauensweckend.

Nach einer Meldung des „Standard“ aus Athen verlautet daselbst, es werde ein Verwaltungsausschuß unter dem Schutze der deutschen und der französischen Regierung gebildet werden, welcher bestimmte, genau festgesetzte Zweige der griechischen Staatseinnahmen verwalteten und als Bürgen für den Dienst der Kriegsschuldigungs-Anleihe sowie für den der alten Schuld dienen soll. —

Deutsches Reich.

— Aber für die National-Liberalen. Wie wir in unserem Beiratsartikel darlegten, werden die Regierung und andere „einflussreiche Kreise“ alles aufbieten, um die National-Liberalen zur Annahme des Anleihegesetzes oder zum Herablassen von der Abstimmung zu bewegen. Die offizielle „Norddeutsche Allg. Zeitung“ hat schon mit dieser fauberen Arbeit begonnen. Sie schließt ihren heutigen Beiratsartikel wie folgt:

„Durch die Abänderung, die der Gesetzentwurf seitens des Herrenhauses erfahren, ist dem Abgeordnetenhaus die Annahme wesentlich erleichtert worden. Der Vorwurf des kauschulartigen oder einer zu weit gehenden Dehnbarkeit der Bestimmungen läßt sich nicht länger aufrecht erhalten. Klipp und klar sind die Bestimmungen, die getroffen werden sollen, als solche kennlich gemacht. Keine Partei, die sich auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stellt, braucht die Annahme dieser Bestimmungen gegen sich selbst zu befürchten. Aus den Reihen der national-liberalen Abgeordneten in den früheren Stadien der Verabredung klang die Beneigntheit, der Umkehrpartei gegenüber den Weg der Ausnahmeregulierung zu beschreiten, nicht unbedingt hervor. Man verleihte sich auf den Grundsat: beneficencia non obtruduntur (Wohlthaten soll man nicht aufzwingen). Es wurde ausdrücklich bemerkt, daß das entscheidende Wort der Partei erst dann erfolgen könne, wenn die Regierung in dieser Angelegenheit Farbe bekann. Nun wohl, die Regierung hat sich zu den Reichsklassen des Herrenhauses bekannt und damit den Weg der Spezialgesetzgebung beschritten. Die national-liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses kann daher von neuem Stellung nehmen. Sie vergibt sich nicht, wenn sie ihre früheren Beschlüsse revidirt. Das Herrenhaus hat sich in jeder Weise entgegenkommend gezeigt. Die Bahn der Verständigung ist so weit wie nur möglich gedreht. Hoffen wir, daß auch das Abgeordnetenhaus diese Bahn zum Wohle des Vaterlandes erfolgreich betritt.“ —

Ueber die zu erwartende Haltung der Nationalliberalen sagt der „Hannov. Courier“ des Herrn v. Hennigsen:

„Was die Nationalliberalen des Abgeordnetenhauses anlangt, so geht uns von unterrichteter Seite die Befürchtung zu, daß dieselben, der Erklärung des Herrn Hohrecht entsprechend, bei der erneuten Abstimmung im letzten Drittel dieses Monats vollzählig auf dem Platze sein und gegen die Herrenhausvorlage stimmen werden. Auch für diejenigen Mitglieder der Fraktion, die einem neuen Sozialistengesetz nicht ablehnend gegenüberstehen, ist die Herrenhausvorlage, von ihrer praktischen Unbrauchbarkeit ganz abgesehen, nach ihrer Entstehung und den Rückschlüssen, die dieselbe auf die allgemeine politische Lage nötig macht, unannehmbar.“

Abwarten, Freunde! —

Ueber den Nachfolger Stephan's werden folgende Personalien bekannt. Victor v. Poddelski ist 1844 geboren in Frankfurt a. M. Von 1875-90 kommandierte er die Reiter-Regimenter in Athenon und übernahm danach die 34. Kavallerie-Brigade in Metz. Nach seiner Verabschiedung im Jahre 1891 betätigte er sich hauptsächlich im öffentlichen Leben, trat in den Reichstag ein als Abgeordneter der Westpreignitz und widmete sich den Arbeiten in der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg. Gleichzeitig nahm er eine leitende Stellung ein in der Verwaltung des Offiziersvereins und des Unionklubs. —

Eine Reichstags-Erfahrungswahl in der Westpreignitz wird durch die Ernennung des Abg. v. Poddelski notwendig. Abg. v. Poddelski wurde 1893 nur mit 19 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt. Er erhielt 8265 Stimmen, während 2960 Stimmen auf den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, 1798 auf den Sozialdemokraten, 1458 auf den Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung entfielen, während sich 11 Stimmen gesplitteten. —

Vom alten Windthorst sprach Herr Lieber vorgestern bei Einweihung der Windthorst-Gedächtniskirche in Wilmersdorf. Er sagte bei dieser Gelegenheit:

„Es würde viel zu weit führen, wenn ich auch nur an die wichtigsten Phasen jenes großen Kampfes erinnern wollte, den man zurecht unbedeutend mit dem sehr richtigen Namen Kulturkampf belegte. In jenem erbitterten Kampf, man kann menschlich gesprochen sagen, jenem verabschiedeten Kampf um Sein oder Nichtsein der Katholiken und des Katholizismus in Deutschland, in diesem Kampfe stand Windthorst, wie der gewichtigste Feldherr, so auch der unerschrockenste Krieger, und darum war er auch auf der ganzen Linie jederzeit der Sieger, zuerst moralischer Sieger, zuletzt auch wirklicher Sieger. . . . Einmal erhielt Windthorst von dem gegenwärtigen Vorstand eines minderjährigen katholischen Fürsten das Anerbieten der Hauptleitung der Vermögensverwaltung dieses seines Mündels gegen ein Jahresgehalt von 100 000 M. und die entsprechende Sicherung für Frau und Kinder im Falle seines Ablebens. Windthorst war nicht mit Rücksicht auf Geld, und was er außer seinem spärlichen hannoverschen Minister-Ruhegehalt noch bedurfte, hatte er sich bis zu seinem Lebende als gewiegter praktischer Jurist mit seiner Feder verdient. Dieser Mann nun in solcher Lage, hochbetagt und angeekelt der Thatfache, daß der Kulturkampf sich zu Ende neigte, was that er? Er schrieb einfach an zwei verbannte Kirchenfürsten und bat sie zu einer Besprechung in Privatangelegenheiten nach einem Grenzorte. Er trug ihnen dort den Fall vor, sollte ihnen alles dar, wie es sich bei ihm zu Hause verhielt und richtete die schlichte Frage an sie: „Halten Sie es für meine Pflicht als Katholik, dies Anerbieten von der Hand zu weisen, oder glauben Sie, daß ich es mit meinem Gewissen als Katholik vereinigen kann, es anzunehmen?“ Die beiden Kirchenfürsten zogen sich zur Berathung zurück und kamen wieder mit der Antwort: „Deine Pflicht als Katholik ist, anzuhören, wo Du stehst!“ Und Windthorst paktete sein Handtäschchen, fuhr nach Hannover und schrieb dem getrockneten Vorstand ab. . . . Ein einziger Parlamentarier, wie Windthorst, der auf politischem Gebiete, was er geleistet, geleistet hat der katholischen Kirche zum Segen, der auf parlamentarischen Gebiete den Katholizismus zu Ehren gebracht wie niemand vor ihm; ein einziger Politiker, ein einziger Parlamentarier war Windthorst der zu gleicher Zeit in Wort und That ein Menschenalter hindurch sich als treuer Sohn der katholischen Kirche bewährt hat, er wegte ganze Wände der Verteidigung des Katholizismus vor allen seinen Widersachern auf. Und wenn das große Wort eines englischen Kardinals noch heute unsere Widersacher schreit: „Auf märtyrischem Sande werde die Entscheidungsschlacht geschlagen werden“, so sagen wir ihnen, wie es dem Reiter über den Boden des in dem bekannten Gedichte gesagt worden ist: „Der See liegt hinter Dir und der Kahn.“ Die Schlacht ist geschlagen! (Zosender Beifall) und der Sieger in der Schlacht, der Heerführer in derselben ist und wird bleiben: Windthorst, dem wir mit Dank, Liebe und Verehrung nachfolgen wollen, alle, jeder an seinem Platze, bis an das Ende unserer Tage.“

Die Anekdote aus dem Leben Windthorst's ist wahr. Die Worte von Meynen war, was immer man von der Parteistellung denken mag, durch und durch lauter. Es gab keinen selbstloseren Charakter, und dies hat ihm die hohe Achtung und Sympathie verschafft, die er noch heute bei allen Parteien genießt. Er, der Besieger Bismarck's, starb arm wie eine Kirchenmaus; während Bismarck, der, als er Minister wurde, arm war wie eine Kirchenmaus, heute seine Millionen nach Duzenden zählt.

Die Macht Windthorst's lag übrigens, ähnlich wie die der katholischen Kirche, in dem lauter demokratischen, oder vielleicht richtiger: völkischen Wesens, das trotz aller Enge der religiösen Anschauung ihm eigen war, das ihm bessere Dienste geleistet hat, als die Kunst der Diplomatie, in der er Meister war. —

Der Welt-Postkongress in Washington hat folgende Ergebnisse gehabt, die wir größtentheils schon mitgeteilt haben, aber der besseren Uebersichtlichkeit wegen noch einmal zusammenstellen:

1. Die Bedingungen für die gegenseitig zu verrechnenden Transitgebühren wurden wesentlich erleichtert, so daß während der nächsten 6 Jahre der Tarif stetig herabgesetzt wird.
2. Der Plan gleichmächtiger Posten für weitverbreitende Postmarken wurde angenommen.
3. Unfrankierte Postarten bezahlen nur die doppelte Taxe (4 Cent statt 10 Cent), wie unfrankierte Briefe.
4. Mit der Schreitmaschine gefertigte Zirkulare, die in zwanzig oder mehr Exemplaren gleichen Inhalts aufgegeben werden, zahlen für internationale Beförderungen dieselben Kosten wie gedruckte Zirkulare.
5. Waarenmuster ohne Werth werden als solche bis zum Gewicht von 350 Gramm angenommen.
6. Naturwissenschaftliche Gegenstände — ausgestopfte Thiere, getrocknete Pflanzen und geologische Produkte — werden als Muster angenommen.
7. Die Spezialanordnungen für Beförderung von Paketen unter Werthange, Geldausweisungen für Legationsbüchsen und für Beförderung von Zeitungen und Zeitschriften wurden einer gründlichen Durchsicht unterzogen. Dieses Abkommen gilt jedoch nicht für die Vereinigten Staaten, sondern hauptsächlich für die Länder des europäischen Kontinents.
8. Die Frage der Einführung einer Weltpostmarke wurde angeregt, der Vorschlag jedoch im Hinblick auf mannigfaltige Schwierigkeiten — namentlich die Verschiedenheit der einzelnen Währungssysteme — abgelehnt.
9. Korea wurde in den Weltpostverein aufgenommen.
10. Der Orange-Freistaat, der seinen Vertreter entsandt hatte, erklärte, daß er bald dem Weltpostverein beitreten hoffe, und China, das im Kongreß vertreten war, erklärte, daß es die Regulationen des Weltpostvereins durchführen werde, sobald die Reorganisation seines Postdienstes weit genug fortgeschritten sein werde. Die neue Konvention tritt mit dem 1. Januar 1899 in Kraft. Der nächste Kongreß wird im Februar 1903 in Rom stattfinden.

Sieben Kandidaten werden, wie eine Korrespondenz berichtet, im Reichstags-Wahlkreis Flensburg-Åpenrade

aufgestellt werden. Der Direktor der Landwirtschaftsschule, Liede, tritt als Kandidat für den Mittelstand auf; der Hamburger Porzellanmaler Raab als Kandidat der Antisemiten; Dr. Diederich Sahn-Berlin als Kandidat des „Bundes der Landwirthe“; Amtsvorsteher Hinrichsen-Osterup als Kandidat der Landbevölkerung vorzugsweise im Kreise Åpenrade. Die Kandidaten der Freisinnigen, Dänen und Sozialdemokraten sind noch nicht definitiv bestimmt. —

Die Grundzüge der württembergischen Verfassungsänderung sind folgende: Umwandlung der zweiten Kammer in eine reine Volkskammer durch Ausschneiden der Privilegirten und Ersatz derselben durch 21 auf dem Wege der Proportionalwahl (Listens- und Verhältniswahl) gewählte Abgeordnete. Abschaffung der Stichwahlen bei den Bezirkswahlen. Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von Stuttgart auf 8, also Gesamtzahl der Mitglieder der zweiten Kammer wie früher 93. In die erste Kammer treten über 8 Ritter, wie früher von ihren Standesgenossen gewählt, 2 Vertreter der evangelischen Kirche (Konstitutionalpräsident und ein Prälat), 2 Vertreter der katholischen Kirche (Bischof und ein Domkapitular) und der Vertreter der Landesuniversität. Dazu kommt nun hinzu ein Vertreter der Technischen Hochschule. Die Zahl der vom König lebenslanglich zu ernennenden Mitglieder ist auf 10 normirt, womit sich ein Gesamtbestand der ersten Kammer von 50 Mitgliedern ergibt. Das Recht der Vertretung von Standesherrn durch Agnaten bleibt bestehen, dagegen wird das Recht der Stimmsübertragung (sog. „Wetterstimmen“) beseitigt. Das Budgetrecht der ersten Kammer wird in die Richtung erweitert, daß, wenn von der ersten Kammer Beschlüsse, die von denen der zweiten Kammer abweichen, mit Zweidrittel-Mehrheit gefaßt worden sind, darüber von der zweiten Kammer nochmals zu verhandeln ist. Beharrt die letztere mit Zweidrittel-Mehrheit auf ihrem ersten Beschluß, so tritt Durchzählung ein. —

Schweiz.

Bern, 1. Juli. Der Ständerath berief die Eisenbahn-Rückkaufvorlage weiter. Nach längerer Verhandlung wurde im dritten Wahlgange Bern zum Sitz der Generaldirektion mit 23 Stimmen gewählt. Zürich erhielt 10 Stimmen. —

Oesterreich.

Wien, 1. Juli. Wie die Blätter aus Tschau melden, hat die Stadtvertretung dort einstimmig beschlossen, mit dem heutigen Tage die Ausübung aller nicht gesetzlich vorgeschriebenen Geschäfte des ihr übertragenen Wirkungsbereiches zu verweigern.

Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Falkenau gemeldet: Unter Vorbehalt des Bezirks-Obmannes beschlossen 48 Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Bezirks Falkenau einstimmig, jene Arbeiten des ihnen übertragenen Wirkungsbereiches, welche im Gefolge sind, von 15. Juli ab einzustellen. Auch die Gemeindevorstellung von Sangerberg beschloß gestern, vom 15. Juli d. J. ab die Besorgung der Geschäfte des ihr übertragenen Wirkungsbereiches einzustellen. —

Frankreich.

Paris, 30. Juni. (Sig. Ver.) Wie im vorjährigen Sommer, hat das Frohleichnamsfest auch in diesem Jahre zu einer kirchlichen Kraftprobe Anlaß gegeben. In mehreren Städten wurden, entgegen dem auf dem Konfordat beruhenden Verbote, Frohleichnamspartys, Prozessionen veranstaltet, wobei es hier und da zu Zusammenstößen mit den antiklerikalen Elementen der Bevölkerung kam. In Versailles fand am letzten Sonntag ein regelrechter Krawall statt. Priester und Seminarjünglinge beantworteten die Aufforderung der Polizeibehörde zum Auseinandergehen mit Schimpereien und Thätlichkeiten. Der Polizeipost, wo die Verhafteten untergebracht waren, wurde von den frommen Anwesenden angegriffen. Daneben entwickelte sich ein Handgemenge zwischen den Prozessionen und den Antiklerikalen. . . . Nach den Presseberichten waren es die Antiklerikalen, die den Krawall provozierten. Daß die Polizei, im Gegensaß zu ihrer sonstigen Brutalität namentlich Sozialisten gegenüber, sich sehr sanftmüthig benahm, ist selbstverständlich. Sie steckte sogar ruhig die Schläge ein. — Es ist bezeichnend, daß der offiziöse „Temps“ sein Wort des Tadels für die kirchlichen Ausschreitungen findet. Er spricht im Gegenheil von der Nothwendigkeit, die Prozessionen freizugeben. Das muß aber auch unter dem gegenwärtigen kirchlichen Kabinett ein frommer Wunsch bleiben, so lange nicht kirchliche Straßenumgebungen mit brutaler Gewalt auseinandergejagt werden.

Der Prozeß Rufféguier - Jaurès ist nun vom Kassationshof endgiltig zu Gunsten des Ansehungsers von Carnaux entschieden worden. Es sei daran erinnert, daß die erste Instanz Rufféguier's Klage auf „Schadenersatz“ wegen der Einmischung des Genossen Jaurès, der „Petite République“ und der „L'Œuvre“ in den Streik von Carnaux zurückgewiesen, während die zweite Instanz dem Ansehungsers 15 000 Fr. zugesprochen hatte. Dieses Urtheil, ein freches Attentat auf das Koalitionsrecht und die Pressefreiheit, ist nun rechtskräftig geworden. Der Unterschied zwischen der Rechtsprechung der ersten und der zwei höheren Instanzen rührt davon her, daß das eine Mal ein demokratisches Kabinett am Ruder war, die beiden anderen Male aber das sozialistenfeindliche Kabinett Méline die „unabhängige“ Justiz befehligte. —

Paris, 30. Juni. Die Ernennung der Panama-Untersuchungskommission am 22. November 1892 war das stürmischste Ereigniß, welches die französische Kammer erlebte. Der radikale Abg. Bourquery de Boissier beantragte damals gerichtliche Befugnisse für die Kommission, und da die anwesenden Minister hierzu nicht Stellung nehmen wollten, bekämpfte der republikanische Deputirte des Lot-et-Garonne-Departements und spätere Unterrichtsminister Legues unter dem Beifall des Zentrums den Antrag, indem er erklärte, daß niemand die Verantwortung für ein derartiges Mandat der Kommission auf sich nehmen könne. Außerdem gaben, da die Zusammensetzung der Kommission manches zu wünschen übrig ließ, circa 10 Deputirte von der Rechten die Anträge ab. Die Wähler verloren die Dinge einfacher. In der Sitzung waren nur etwa ein Drittel der Deputirten anwesend, auf deren Gesichtern man nicht, wie damals, Furcht und Schrecken lesen konnte. Die ernannten Kommissäre sind diejenigen, deren Namen bereits von den Büreaus der einzelnen Fraktionen je nach deren Zahlenverhältniß angelooft worden waren. Heute tritt die Kommission zusammen, um sich zu konstituieren. Die erste Frage, die sich jetzt stellt, ist: Was wird die Kommission thun? In den Bondelungen der Kammer verlautete, daß wahrscheinlich zunächst der Justizminister um die Ueberlassung der Untersuchungsakten des Herrn Le Poitevin angegangen werden wird. Auch glaubt man, daß die Kommission das Recht, Zeugen zu zitiren, sie zu vereidigen und Befehlsnahmen vornehmen zu lassen, beanspruchen wird. Jedenfalls wird die Kommission, nachdem jetzt die Panama-Angelegenheit im Begriff steht, allmählig einzuschlafen, eine nur wählige Rolle spielen. —

Paris, 30. Juni. Die Kommission zur Untersuchung der Panama-Angelegenheit beschloß, sämtliche Untersuchungsakten einzufordern und ernannte einen ständigen Exekutiv-Ausschuß von neun Mitgliedern, welcher die Akten prüfen soll. Die Regierung wird morgen darüber berathen, ob es angängig ist, der Kommission die Akten der noch schwebenden Untersuchung vorzulegen. —

Paris, 1. Juli. „Santerne“ erklärt, in parlamentarischen Kreisen hoffe man, daß die Untersuchung in der Panama-Affäre am 10. d. M. vom Untersuchungsrichter Le Poitevin geschlossen werde. Die Sozialisten werden jedoch ihrerseits dafür sorgen, den Panama-Standal wenigstens bis zu den nächsten Kammerwahlen hinzuhalten. — In der Panama-Kommission wurde der Antrag Bouquien, die Operationen der Kommission bis nach Schluß der gerichtlichen Untersuchung aufzuschieben, mit 29 von 33 Stimmen abgelehnt. Die

Kommission verlangte von dem Untersuchungsrichter Le Poitevin die Mittheilung des gesammten Aktenmaterials. Le Poitevin antwortete, er müsse hierzu erst die Erlaubnis des Ministerrathes nachsuchen. —

Die Reise Faure's. Den Blättern zufolge dürfte sich Präsident Faure zwischen dem 18. und 21. August in Oherbourg einschiffen. Der „Gaulois“ behauptet, es sei bereits bestimmt, daß der Präsident sich auch nach Moskau begeben werde. Der „Gaulois“ meldet, die beiden Parlamentspräsidenten werden den Präsidenten Faure nicht begleiten, da dieselben auf Grund der Verfassung nicht zur Seite des Präsidenten der Republik gehören können. Gegen die Reise Faure werden nur die äußerste Linke und die sozialistische Gruppe stimmen, da sie die Reise Faure's für verfassungswidrig ansehen, es sei denn, daß die Reise einen rein persönlichen Charakter haben würde.

England.

London, 30. Juni. Der Ausweis über die Staatseinnahmen während des Vierteljahres vom 1. April d. J. bis heute zeigt ein Mehr von 1 404 779 Pfund Sterling gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres. —

Asien.

Unruhen in Indien gegen die Engländer. Aus Kalkutta meldet das „Neuerische Bureau“: Wegen der angeblichen Entweihung einer Moschee fanden in Gollipur ernsthafte Unruhen statt. Der starke Polizeimacht gelang es nicht, die Volkshäufen zu zerstreuen, fast alle europäischen Offiziere wurden verlegt; zwei englische Ingenieure, die sich an der Verteidigung benachbarter Faktoreien betheiligten, wurden schwer verwundet. Da die Erregung anhält, ist Militär aufgeboden worden. —

Auf der Insel Formosa haben die neuen Befehlshaber große Schwierigkeiten mit den chinesischen Bewohnern zu überwinden. Wie die japanischen Zeitungen von Mitte Mai berichten, haben erhebliche Kämpfe zwischen Chinesen und der japanischen Besatzung stattgefunden. Die letztere behielt die Oberhand.

Amerika.

Washington, 30. Juni. Der Finanzausschuß des Senats wird einen Zusatzantrag zur Tarifvorlage befürworten, welcher die Regierung zur Vereinbarung von Handelsverträgen mit jeder Nation ermächtigt, in denen eine Herabsetzung der Zölle auf Waaren jener Länder bis zum Umfange von 10 pCt. vorgezogen wird. —

Washington, 1. Juli. Der Schatzsekretär Sage äußerte einem Berichterstatter gegenüber, die Regierungsinanzen befänden sich in gutem Zustande; er glaube sicher, daß sie binnen Jahresfrist sogar noch besser würden. Die Goldreserve betrage 141 Millionen gegen 102 Millionen vor einem Jahre. Die Persepolis sei geschwunden, das Vertrauen wiederhergestellt; die Goldanleihe sei bei den Banken habe aufgehört. Der Schluß des Finanzjahres werde die Annahme einer neuen Tarifvorlage bringen und somit den Kaufleuten hoffentlich geregelte Zustände verschaffen und werde auch der Regierung hinreichende Einnahmen für ihren Bedarf geben. Der Schatzsekretär erklärte sich schließlich zu Gunsten von Veränderungen des Währungs- und Bankwesens auf sicheren, gesünderen Grundlagen im Wege der Gesetzgebung. —

Partei-Nachrichten.

Aus München wird uns geschrieben: In Rosenheim in Oberbayern trafen am 28. Juni sozialdemokratische Delegirte aus 14 größeren Orten des bayerischen Oberlandes, sowie mehrere Genossen aus München, darunter auch Reichstags- und Landtags-Abgeordnete v. Bollmar zu einer Konferenz zusammen, um sich über die vorbereitenden Schritte für die nächsten Reichstags-Wahlen zu berathen. Wie aus den Situationsberichten der Delegirten zu entnehmen war, zeigt sich selbst in den fast rein ländlichen Bezirken Oberbayerns ein sehr erfreulicher Fortschritt nicht nur in der Ausbreitung, sondern auch in der richtigen Erfassung der sozialistischen Ideen. Angeföhrt der äuserst lebhaften und geschickten Agitation, welche der bayerische Bauern- und Bürgerbund unter Dr. Kleitner's Führung gerade in Oberbayern entfaltet, liegt es in der Natur der Sache, daß die Erdtörung über die Stellung unserer Partei zur Bauernbewegung im Vordergrund der Beratungen stand. In dieser Richtung ergaben sich im Laufe der Diskussion wesentlich folgende grundlegende Ansichten:

Die Loslösung der ländlichen Bevölkerung von den reaktionären Parteien, ihre Aufklärung über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände und Triebkräfte, sowie ihre Gewinnung für sozialistische und demokratische Bestrebungen ist, vor allem in Bayern, eine sehr wichtige Frage für die Partei und ihre Förderung mit allen Mitteln zu erstreben.

Der Sozialismus ist keine bloße Parteidoctrin der Arbeiterklasse im engeren Sinne, sondern sein Endziel ist die Befreiung aller Unterdrückten; er ist daher nicht ein Gegner, sondern der natürliche Bundesgenosse der Bauern gegen die kapitalistische Ausbeutung und die staatliche Unterdrückung.

Die zielbewusste Arbeiterbewegung und eine selbständige Bauernbewegung dürfen daher einander nicht entgegenarbeiten, sondern haben gegen die gemeinsamen Feinde zusammenzuwirken.

Die Bauernbewegung ist als der Beginn selbständiger Denkens und Handelns der Bauernschaft zu begrüßen, wenn letztere auch auf dem ihr neuen Gebiete der Politik nicht gleich überall den rechten Weg finden konnte und vielfach der notwendigen Klarheit ermangelte.

Nach lebhafter und sehr anregender Debatte wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Unter voller Wahrung der Selbstständigkeit der Partei werden die oberbayerischen Genossen die Bestrebungen des Bauernbundes in dessen Versammlungen unterstützen, soweit diese Bestrebungen ihren Grundsätzen entsprechen, unklar und verkehrte Ansichten aber bekämpfen und zur Berichtigung derselben sowie zur fortgesetzten gegenseitigen Annäherung der Bauern und Arbeiter Einfluss zu gewinnen suchen.“

Betheiligung an den nächsten sächsischen Landtagswahlen beschloß eine ziemlich gut besuchte Volksversammlung in Croisitz bei Leipzig.

In den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar. Für die Stadt Weimar haben die Parteigenossen ein weniggliedriges Wahlkomitee eingesetzt, das den Antrag hat, in den dortigen circa 60 Wahlbezirken ebensoviel Genossen als Wahlmänner-Kandidaten aufzustellen und sich mit der Frage zu befassen, wer als Kandidat für den Landtag aufgestellt werden soll. Ueber die Wahlangelegenheit schreibt ein weimarer Genosse in der „Thüringer Tribüne“: „Es gilt der auch in Weimar immer mehr bereinbrechenden Reaktion jeden Fußbreit Bodens freitrag zu machen. Die bürgerlichen Parteien haben sich in unserem Lande ebenso unsäglich erwiesen, wie an anderen Orten; sie haben es feig und schmachvoll gelassen, daß die Regierung die früheren liberalen Grundsätze aufgab. Jubelnd stimmten diese Bürger dem Monarchen zu, der da sagte „noch ist es Zeit, noch haben wir die Macht“ — und der im Landtag erklären konnte, ohne seitens dieser „Bürger“ Widerspruch zu erfahren, daß gleiche Wahlrecht sei ein Jugendentraum politisch unreifer Bäder — es sei eben ein Traum. Nun Genossen, wenn die „Bürger“ von heute“ sich alles Anrecht begeben hat, sich Hüter und Bewahrer echt bürgerlicher Volks- und Freiheitsrechte zu nennen, so seid eingedenk, daß es unsere Pflicht ist, die Rechte des Volkes zu verteidigen. Sorgt deshalb dafür, daß wir im Landtage bald in achtunggebender Weise vertreten sind, daß Genosse Landert Hilfe bekommt.“

Die diesjährige Parteikonferenz für den 1. weimarer Reichstags-Wahlkreis Weimar-Weimar-Weimar wird am 25. Juli in Weimar abgehalten.

Die Magdeburger „Vollstimme“ schreibt unterm 30. Juni: Ein Genosse hatte Flugblätter in einem Haus...

Zeich-Weissenfeller Bergarbeiter-Streik.

Ueber die Lage im Streikgebiet wird uns geschrieben: Die Grubenverwaltungen haben ihrem bisherigen Verhalten jetzt die Krone aufgesetzt...

Statt sich entgegenkommend zu zeigen, statt den Weg friedlicher Vereinbarung zu beschreiten, treffen die Verwaltungen also Maßnahmen, die geeignet sind, einen Ausgleich geradezu unmöglich zu machen...

Zwei Protestversammlungen, die sich mit den letzten Vorgängen beschäftigen sollen, finden Donnerstag und Freitag in Leuchter und Lützenau statt.

Die in Rehdorf zu Mittwoch Abend geplant gewesene Versammlung konnte nicht abgehalten werden, da die Witbin des betroffenen Soldats ihre Zusage zurückzog.

Gewerkschaftliche.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Puhler! Auf dem Bau der städtischen Schule, Ravensstraße, gerieten am 28. Juni die Innepuhler mit ihrem Arbeitgeber in ernste Lohndiscrepanzen.

Deutsches Reich.

Achtung, Steinarbeiter! 15 Steinmehnen wurden von der Firma Frelmann in Mänschagen bei Wiedenburg am 28. Juni ausgesperrt, weil sie nicht für einen niedrigeren Lohn arbeiten wollten.

In Rostock beschloß die Zahlstelle des Zimmerverbandes, daß jedes Mitglied wöchentlich 1 M. zu Gunsten der streikenden Tischler entrichten soll.

Das Schöffengericht, das neulich entschied, gewerkschaftliche Versammlungen dürften trotz des Sonntagsgesetzes auch in der Fastenzeit abgehalten werden, weil es Personalkontingenzen seien, wo ernste Männer über ernste Sachen berathen, hat diesem vernünftigen Spruch die weitere Entscheidung folgen lassen.

Der Streik der Maurer in Helsen in Hannover hat nach achtwöchiger Dauer damit geendet, daß die Jungmeister die Forderung der Maurer: 3,50 M. Minimallohn für zehnstündige Arbeitszeit, bewilligten.

In Aachen hat der Weberstreik bei der Firma Karl Schein nach sechs siebenwöchiger Dauer mit einem Vergleich geendet. Die ursprünglich angeforderte Lohnreduktion von 2-3 M. wöchentlich ist auf eine solche von 75 Pf. bis 2 M. herabgemindert.

Ausland.

Der Maurerstreik in Lyon ist in ein neues Stadium eingetreten. Am den Maurern, die seit dem 10. Mai ausdauernd kämpfen, um Siege zu verheßen, haben die organisierten Bauarbeiter von Lyon den Generalstreik in der ganzen Baubranche der Stadt erklärt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Anzeigentheil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Radin in Berlin. Circus I. Seite 1. Unterhaltungsblatt.

Eine „Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Bauarbeiter Berlins und Umgegend“ soll, wie die „Deutsche Tagesztg.“ mittheilt, in nächster Zeit in's Leben treten.

Die Musikinstrumenten-Fabrikanten Deutschlands wollen sich, wie die „Allg. Ztg.“ berichtet, vereinigen, um Ausständen ihrer Arbeiter gemeinsam entgegenzutreten.

Soziales.

Aus Oberlungwitz in Sachsen berichtet die „Burgstädter Volksstimme“: Im vorigen Winter wurde zwischen den hiesigen Arbeitern einerseits und den Fabrikanten andererseits ein Lohnvertrag vereinbart.

Oberlungwitz, den 16. Juni 1897.

Bekanntmachung an meine Arbeiter.

Auf Anregung eines Vereinstageliedes ist gestern eine Ausschuss-Sitzung des Fabrikantenvereins abgehalten worden, um über die Lohnfrage zu berathen, da nachweislich einige Fabrikanten den Beschäftigten zuwider jetzt weniger Lohn zahlen.

Auch müssen die Arbeiter mit aller Strenge dahin wirken, daß auch die Fabrikanten, welche nicht zum Verein gehören, keine billigeren Löhne zahlen dürfen.

In dieser Fabrikanten-Bekanntmachung liegt die Anerkennung der Nothwendigkeit starrer gewerkschaftlicher Organisation der Arbeiter. Gerade in Sachsen aber werden die Gewerkschaften von den Behörden verfolgt wie nirgend sonst.

Versammlungen.

Der Centralverband der Brauer und verwandten Berufsge nossen hielt am 20. Juni im Vereinslokal von Stadernad seine Monatsversammlung ab, in der Dr. Wolke in einem interessanten Vortrag über Geschichtsschreibung und Geschichtslehre referirte.

Im Allgemeinen deutschen Tapezierer-Verein (Filiale Norden) sprach am 24. Juni Genosse Rosenstock über: „Der Ursprung der Religion“. Albert, Leo Schmidt und Veberth beteiligten sich an der Diskussion.

Der Verein der graphischen Arbeiter tagte am 24. Juni. Der Vorsitzende theilte zunächst mit, daß der Gesangsverein „Eisenfelder“ am 3. Juli (Abfahrt abends 8 1/2 Uhr, Bahnhof Alexanderplatz) eine Partie unternehme und hierzu freundschaftlich einlade.

Die Bauarbeiter hatten am 27. Juni, Beuststr. 9/10, eine Versammlung anberaunt, die sehr gut besucht war. Nach einem einleitenden Referat des Bauarbeiters Kräger beschloß die Versammlung, eine Filiale des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter zu gründen.

Die Stockarbeiter hielten am 28. Juni ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Pörsch über die Handwerkerfrage referirte. Darauf wurden aus einzelnen Werkstätten Unregelmäßigkeiten berichtet.

Die polnischen Sozialdemokraten hielten am 28. Juni in den Arminhallen eine öffentliche Volksversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung der Delegirten vom polnischen Parteitag.

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und wird die Beschlüsse des polnischen Parteitages vom 6. bis 7. Juni nach Kräften unterstützen, damit der baldige Sieg des Proletariats ermöglicht wird.

Deyeschen und letzte Nachrichten.

Ein schandhaftes Verbrechen wird uns aus dem Norden der Stadt gemeldet. In der Bernauerstraße 97 hat der Arbeiter Sieg seine achtehnjährige Tochter getödtet, indem er sie aus dem Fenster des vierten Stockes auf den Hof hinabstürzte.

Damburg, 1. Juli. (B. Z. B.) In einem bei der Rheberei des Dampfers „Reinbeck“ heute eingetroffenen Telegramm aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Dampfer beim Auslaufen aus dem Hafen von Konstantinopel nach einer Kollision mit dem Hamburger Vergungsdampfer „Berthilde“ in tiefem Wasser gesunken ist.

Wien, 1. Juli. (B. Z.) Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus London, daß demnach wegen Beschaffung einer Anleihe für Aetia ein Meinungsaustrausch zwischen den Mächten stattgefunden wird.

Wien, 1. Juli. (B. Z. B.) Die „Wiener Abendpost“ schreibt, Ministerpräsident Graf Badeni verfüge, daß eine Kommission bestehend aus dem Ministerialrath Swoboda, dem Oberinspektor Raan und dem Vorsitzenden-Stellvertreter des Versicherungsbeiraths Ruit behufs Studien über die Durchführung des deutschen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zum Zwecke einer weiteren Ausgestaltung der Reform der österreichischen Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung eine Studienreise nach Deutschland unternehme und an dem Ende Juli in Brüssel stattfindenden Kongresse theilnehme.

Paris, 1. Juli. (B. Z.) In der Kammer wurde heute der Marinebudgetentwurf für 1898 niedergelegt. Der Kredit für die Marineverwaltung und die Mehrforderungen für die Marine betragen 254 788 500 Francs oder 26 228 227 Francs mehr als im Vorjahre.

Brüssel, 1. Juli. (B. Z. B.) Dem unabhängigen Kongostaat ist ein Telegramm mit Nachrichten aus Stanley Falls zugegangen, welche bis zum 14. Mai reichen. Nach denselben hatte kein neuer Zusammenstoß mit den aufständischen Soldaten der Vateles stattgefunden.

Antwerpen, 1. Juli. (B. Z. B.) Die Mannschaften zweier japanischer Handelsschiffe, die schon früher im hiesigen Hafen Streitigkeiten mit einander gehabt haben, gerieten heute Vormittag in verschiedenen Wirtshäusern scharf aneinander und misshandelten Schaulente und Zivilpersonen.

Madrid, 1. Juli. (B. Z.) Der Feuer spreitende Berg Mayon in der Nähe von Manila ist in Thätigkeit getreten. Das Dorf Sibuni ist vollständig zerstört; 120 Einwohner sind getödtet.

Lissabon, 30. Juni. (B. Z. B.) In der Deputiertenkammer legte der Finanzminister heute das Budget für 1897/98 vor; dasselbe schließt in der Einnahme mit 52 865, in der Ausgabe mit 55 563 Contos Reis ab, das Defizit beträgt also 2698 Contos Reis.

Washington, 30. Juni. (B. Z. B.) Der Senat hat den Zoll auf Diamanten und andere Edelsteine auf 10 pCt. vom Werthe und den Zoll auf Gemälde und Bildhauerwerke auf 30 pCt. vom Werthe festgesetzt.

Kalkutta, 1. Juli. (Meldung des „Henter'schen Bureau's“.) Die gestrigen Unruhen in Chitpur, einer Vorstadt von Kalkutta, waren sehr ernster Natur. Zur Unterdrückung derselben waren außer der Polizei noch fast 300 Mann Militär aufgeboden. Die Unbesitzler durchzogen gruppenweise die Straßen, beschimpften die Europäer und bewarfen sie mit Steinen, sodas mehrere derselben verwundet wurden.

Lokales.

Gestern ist unser Parteigenosse Buchdrucker Franz Schulze aus der Untersuchungshaft entlassen worden, in der er seit dem 10. Mai d. J. festgehalten war. Die Erinnerung wurde unser Genosse am 8. April mit drei anderen plötzlich verhaftet, dann aber am 15. desselben Monats wieder auf freien Fuß gesetzt. Daraufhin erfolgte vier Wochen später seine neue Verhaftung, der preussischen Freiheit zurückgegeben worden ist, muß unser Genosse Erbe immer noch die Qualen einer Haft erdulden, deren Ursache nach wie vor selbst den Beteiligten unklar ist.

Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 4. Juli, Familienausflug nach Hirschgarten (bei Köpenick). Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof früh 9,42 Uhr. Für Nachzügler Treffpunkt in Tappert's Restaurant. Regler Beteiligung sieht entgegen der Vorstand.

Die Parteigenossen des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises beabsichtigen, am Sonnabend, den 31. Juli, im Schweigenpark ein Sommerfest abzuhalten. Für Unterhaltung und ein abwechslungsreiches Programm wird bestens Sorge getragen, so daß das Fest sich in jeder Beziehung zu einem angenehmen gestalten wird. Mögen die Parteigenossen durch eine zahlreiche Beteiligung zur regen Unterstützung des Unternehmens beitragen.

Die Parteigenossen in Moabit veranstalten morgen, Sonnabend, in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49, ein Sommerachtsfest, auf das wir unsere Leser aufmerksam machen. Der billige Preis von 30 Pf. für die Willes und die günstige Wahl des Lokals lassen eine rege Beteiligung erhoffen. Bemerkenswert sei, daß die Kaffeehalle von 3 Uhr an geöffnet ist.

Vom Kapitalismus und der Heiligkeit der Familie.

Die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter, welche in Fabriken beschäftigt wurden, ist nach dem Bericht des Berliner Gewerbeinspektors am Orte um 10 175, d. h. auf 114 879 gestiegen. Die Zahl der in 1889 Bäckereien beschäftigten Arbeiter ist in dieser Angabe nicht mitberücksichtigt. Die 114 879 Arbeiter waren auf 4933 Fabriken verteilt, deren Zahl gegen 1895 um 163 gestiegen ist. Auf eine Fabrik kommen also nicht ganz 23 Arbeiter. Die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre hat gegen 1895 um 1589 zugenommen, sie stieg von 87 418 auf 88 953. Von diesen waren 16 680 oder 42 pCt. unter 21, 22 585 oder 56 pCt. über 21 Jahre. Die Zunahme betrifft überwiegend Arbeiterinnen über 21 Jahre, denn von dem Mehr von 1589 hatten nur 89 das Alter von 21 Jahren noch nicht erreicht. Diese ungewöhnlich starke Beschäftigung älterer Arbeiterinnen läßt den Schluß zu, daß bei aller geschäftlichen Prosperität das Proletariat weiblich und zwar das verheiratete oder im heimatlichen Alter stehende, mehr und mehr gedrängt wird, sich in der Fabrik oder sonstwo durch seiner Hände Arbeit selbständig sein Brot zu verdienen. Das mögen diejenigen merken, die über die Erhaltung der Familie und die Stellung der Frau entweder aus Deutscher oder Dummheit allerhand schöne Worte ins Blaue hineinreden. Nicht die Sozialdemokratie zerstört die Ehe, sondern der Kapitalismus ist es, der mit eiserner Energie alle Bande zerreißt, die die Familie in alten Zeiten des Wortes zum Popanz macht. Die Sozialdemokratie hat die weltgeschichtliche Aufgabe, die Konsequenzen aus dem unabänderlichen Vorgang zu ziehen, und bei dieser Arbeit wird sie hochbedeutend über die Reichthümer mittelalterlicher Abdomontaden hinwegschreiten.

Die Zahl der Anlagen, in denen Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt wurden, ist ebenfalls bedeutend und zwar von 2049 auf 2182 gestiegen. Der Gewerbeinspektor nennt die altbekannte Erscheinung, daß Arbeiterinnen immer mehr zu Arbeiten herangezogen werden, die früher Männern vorbehalten waren, „auffallend“. Er berichtet: Es werden jetzt in der Metallwarenfabrik Arbeiterinnen in zunehmender Zahl mit dem Zusammenlegen kleinerer Massenartikel, mit dem Fertigstellen von Gloden für elektrische Klingelanlagen, mit dem Zusammenstellen von Schaalenshaltern für Beleuchtungskörper u. s. w. beschäftigt. Die Arbeiten sind leicht und der weiblichen Arbeitskraft angemessen. Wenig angemessen ist aber die Verwendung von Arbeiterinnen zum Bedienen der Maschinen, welche zum Gewindeschneiden für größere eiserne Façonstücke benutzt werden.

Also eine schallende amtliche Ohrfeige für die, die der Welt den abgestandenen Kahl des trauten und nur von der Sozialdemokratie böswillig angegriffenen Familienidylls vorsehen!

Für jeden, der sehen will, tritt die auflösende Tendenz des Kapitalismus auch an der noch einer wesentlichen Richtung hin gewandten Zunahme der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter hervor. Die unbeträchtliche Zahl der (ungefährlich oder als Laufburschen u. s. w.) in Fabriken beschäftigten Kinder ist von 13 auf 16 gestiegen. An jugendlichen Arbeitern wurden 1896 in 2479 Fabriken 5612 männliche und 2795 weibliche, zusammen 8407 gezählt, das sind 302 mehr als im Jahre 1895 und 5,1 pCt. sämtlicher Fabrikarbeiter. Die Zahl der männlichen jugendlichen Arbeiter hat gegen das Vorjahr um 588 zugenommen, die Zahl der Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren hat sich in Uebereinstimmung mit der Neigung, mehr ältere Arbeiterinnen in Fabriken zu beschäftigen, um 556 vermindert. So zeigt, wohl infolge der Vorgehens auf dem Gebiete der Konfektion, die Industrie für Velleidung einen erheblichen Rückgang in der Zahl, dafür aber eine Zunahme der erwachsenen Arbeiterinnen auf; den größten Heißhunger auch nach jugendlichen Arbeiterinnen hatte aber wieder die sehr gut beschäftigte Metallindustrie. Hier waren 1896 nicht weniger als 21,4 pCt. der in Betracht kommenden Kategorie beschäftigt, gegen 16,7 pCt. im Vorjahre. Ganz neu sind jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten in der Industrie der Steine und Erden (1,8 pCt.), in der chemischen Industrie (2,3 pCt.), in der Industrie der Leuchtstoffe, Fette u. s. w. (0,9 pCt.). Die mitgetheilten Zahlen, welche sich nur auf die eigentliche Fabrikarbeit beziehen, geben bekanntlich nicht entfernt ein vollständiges Bild von der Größe der industriellen Armee und von der Zahl ihrer weiblichen und jugendlichen Angehörigen im Besonderen. Namentlich über die Ausdehnung des Kleinbetriebs und der verdecklichen Hausindustrie, der sich auch die jugendlichen Arbeiterinnen mehr zugewandt haben werden, fehlen hier alle statistischen Angaben. Dies hindert aber nicht die Erkenntnis der Thatsache, daß es der Kapitalismus ist, der dieselbe wackelnde Ordnung von heute, die zu seiner Erhaltung dienen soll, mit eigener Hand zerstört und die Bahn ebnet der neuen sozialistischen Ordnung der Dinge. Das ist der erschütternde Humor der Geschichte, daß die Jugend mit heilerem Gemüth zusehen kann, wie die alten Staats- und gesellschaftserhaltenden Mächte sich ihr eigenes Todengrab graben müssen. Schon vor 50 Jahren erkannte dies der deutsche Dichter, als er spottete:

Nicht Glockengeläute, nicht Pfaffengebete,
Nicht hochwohlwelse Staatsdekrete,
Auch nicht Kanonen, viel Hundertpfänder,
Sie helfen Euch heute, Ihr lieben Kinder!

Die neue Konfektions-Verordnung hat der Redaktion des „Konfektionär“ Veranlassung gegeben, ein Schreiben an den Staatssekretär des Innern zu richten, in welchem um Aufklärung einiger Unklarheiten in der Verordnung gebeten wird. In dem Schreiben ist darauf hingewiesen, daß nach dem Wortlaute des § 1 der Verordnung diese keine Anwendung finden würde auf Schürzen-Kon-

fektion; Kravatten-Konfektion; Konfektion von Herren- und Damen-Ausstattungsartikeln; Damenputz-Artikel, soweit solche nicht unter die Wäsche-Konfektion fallen, also die Konfektion garnirter Damenhüte; Mänschen-Konfektion; Konfektionirte Taschentücher; Waaren; Korset-Fabrikation; Stidereien für Konfektion u.; Schürzenkonfektion; Konfektion von Sophasissen und Decken; Trikot-Konfektion; Konfektionirte Phantasie-Wollwaaren.

Im weiteren wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß nach dem Wortlaute der Verordnung diese nur auf Werkstätten Anwendung finde, in denen die Anfertigung von Kleidern und Wäsche im großen erfolge, und demzufolge alle Werkstätten, selbst wenn sie hunderte von Arbeiterinnen beschäftigen, sofern sie nur „Einzelbestellungen“ anfertigen, somit also alle Detailwerkstätten, Schneiderateliers, von denen es genug gebe, die in der Saison 100 und mehr Arbeiterinnen beschäftigen, ausgenommen wären. Hervorgehoben wird sodann noch, daß besondere Schwierigkeiten durch diese Bestimmungen in solchen Werkstätten hervorgezogen würden, welche Einzelbestellungen für private Kaufkraft, Großbestellungen für Geschäfte und außerdem noch für Geschäfte „im Großen“ arbeiten.

Zu seinem Antwortschreiben hat Herr v. Bötticher der Redaktion kund zu wissen gegeben, daß im Reichsamt des Innern Zweifel über die Tragweite der gegebenen Vorschriften nicht beständen und daß im übrigen deren Auslegung den zuständigen Gerichts- und Verwaltungsbehörden überlassen bleiben müsse.

In Lehrkreisen wird — und wohl nicht mit Unrecht — Klage über eine befremdliche Praxis der Schulbehörden bezüglich der Gewährung der Alterszulagen resp. der Berechnung der hierfür maßgebenden aktiven Dienstzeit geführt. In den weitaus meisten Fällen treten Lehrer am 1. April oder am 1. Oktober eines Jahres ihr Lehramt an. Nach dem Termine der erfolgten Anstellung richtet sich auch der Bezug der Alterszulagen. Wer also am 1. April sein Amt angetreten hat, erhält nach Ablauf der festgesetzten Zeit am 1. April die erste Alterszulage. Ebenso verhält es sich in bezug auf den 1. Oktober. Nun kommt es aber vor, daß Lehrer nicht gerade am 1. April oder am 1. Oktober, sondern etliche Tage später, vielleicht erst am 15. April oder am 15. Oktober, ihr Amt antreten. Man sollte nun meinen, daß diese wenigen Tage für die Berechnung der Dienstzeit ohne Einfluß bleiben und dies ohne weiteres vom 1. April oder vom 1. Oktober ab gerechnet würde; doch ist diese Meinung eine unrichtige. Nach der jetzt herrschenden Praxis erhält ein derartiger, etwas „verspäteter“ Lehrer die ihm zustehende Alterszulage nicht gleichfalls am 1. April oder 1. Oktober, auch nicht in der differirenden Zeit bis zum 15. April oder bis zum 15. Oktober, vielmehr erst zu Beginn des nächsten Vierteljahres, also erst am 1. Juli bzw. am 1. Januar. Das fragliche Vierteljahr wird ihm also für den Bezug der Alterszulage gar nicht in Anrechnung gebracht. Das hier ein berechtigter Grund zur Unzufriedenheit und Beschwerde vorliegt, ist einleuchtend, um so mehr, als in der ersten Hälfte des Monats April die Osterschulferien und in die erste Hälfte des Monats Oktober die Herbstschulferien fallen, die Lehrer, die bis zum 15. der betreffenden Monate ihr Amt antraten, meistens doch nur äußerst wenige Tage in dem fraglichen Vierteljahre eine Lehrtätigkeit nicht ausgeübt haben. Daß diese Praxis eine nicht zu recht bestehende ist, beweisen die Fälle, in denen Lehrer Beschwerde geführt und den Erfolg auf ihrer Seite hatten. Sogar der Minister hat sich auf Grund einer bis zu ihm gelangten Beschwerde bereit gefunden, den Forderungen des betreffenden Lehrers gerecht zu werden. Immerhin sind dies aber doch nur Einzelfälle, und es ist gewiß kein erfreulicher Zustand, wenn die Lehrer erst auf dem Beschwerdewege ihr ihnen zustehendes Recht erstreiten sollen.

Die städtische Deputation für Kunstzwecke hat in ihrer gestern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Jelle stattgehabten Sitzung beschlossen, den Raum für die Ziviltirungen in dem demnächst zu erbauenden Ständehaus immer an der Fischerbrücke den Vorschlägen des Stadtdirektors Hoffmann entsprechend auszubilden. Es werden hierfür 30 000 M. zur Verfügung gestellt. — Der Vorschlag soll einen großen Brunnen erhalten. Die vom Stadtdirektor Hoffmann hierfür vorgelegte Skizze soll weiterer Bearbeitung zu Grunde gelegt werden.

Ein Junngsidiyll. Höchst lärmvoll gestalten sich jetzt immer die Vereinsversammlungen der Berliner Gewerkschaften, da eine erhebliche Minorität dem derzeitigen Vorstande nicht die gewünschte Sympathie entgegenbringt und dessen Maßnahmen bei jeder sich bietenden Gelegenheit aufs heftigste bekämpft, wobei die Grenzen der Höflichkeit nicht immer streng gewahrt werden. Um diesen unerquicklichen Zuständen die Spitze abzubrechen, hat der Vorstand die Vereins-Statuten einer Umänderung unterzogen und einzelnen Paragraphen Bestimmungen eingefügt, wie sie in gleicher Schärfe selten bei Vereinsstatuten zu finden sind. Dem Ehrenrath ist das Recht erteilt, über Junngsmitglieder Ordnungsstrafen, entweder zeitweiliges Verbot, die Junngsversammlung zu besuchen oder Geldstrafen von 5 bis 20 Mark zu verhängen, und zwar über diejenigen, die nachweislich falsche Nachrichten verbreitet haben, oder sonst in Wort oder Schrift sich Äußerungen erlauben, die geeignet sind, das Ansehen der Junngsversammlung zu schädigen. Ausgeschlossen sind nach § 19 u. a. diejenigen, die mit mehr als einer Ordnungsstrafe belegt wurden und in der Junngsversammlung oder in Gegenwart mehrerer Zeugen durch ihr Verhalten das Ansehen der Junngsversammlung oder einzelner Mitglieder schädigen. — Die Umänderungsbestimmungen der Statuten standen am Mittwoch in einer außerordentlichen Junngsversammlung zur Debatte, die mit großer Heftigkeit geführt wurde, da die Opposition nicht gewillt war, durch verschärfte Statuten sich mundtot machen zu lassen. Es gelang jedoch der Vorstandspartei, ihre Anträge bei der Abstimmung durchzubringen.

Eine Auszeichnung ist zum 1. Juli einer großen Anzahl Fahrrad-Dienstmannern der Dreirad-Gesellschaft zu theil geworden, indem allen denjenigen, welche mindestens ein Jahr dem Institut angehören oder sonst sich als besonders thätig gezeigt haben — 2 Sterne (auf dem Kragen zu tragen) verliehen worden sind. In dem allgemeinen Bonnetammel, der die Dienstmannen ob dieser Auszeichnung ergreifen hat, haben die Besten eine Deputation gewählt, welche der Gesellschaft den Vorschlag machen soll, ihnen statt der fünfstelligen Lieber zwei Nickel tägliche Einkommenserhöhung zu garantiren.

Heilerfolge durch Radfahrergymnastik. Die steigende Anwendung der mechanischen Behandlungsmethoden hat in der jüngsten Zeit dahin geführt, auch das Radfahren zu Heilzwecken zu verwenden. In der neuesten Nummer der „Deutsch. mediz. Wochenschr.“ rühmt Dr. M. Siegfried in dieser Beziehung besonders das Dreirad als einen brauchbaren medico-mechanischen Apparat, welcher gestattet, die Beine von dem Körpergewicht zu entlasten und zur Ausführung selbständiger aktiver und passiver Bewegungen zu benutzen, in Fällen, wo dies sonst auf bestimmten Gründen unmöglich ist, wie zum Beispiel bei Gelenkerkrankungen, Lähmungen, allgemeinem Kräfteverfall, Herzbeschwerden, Gehirn- und Rückenmarkserkrankungen. Gerade bei dem modernen Dreirad, wo die Neigung fast vollkommen ausgehoben ist, ist die beanspruchte Arbeitsleistung eine viel geringere als beim Geben. Dr. Siegfried theilt einige Krankengeschichten mit, in welchen das Leiden der Patienten durch Radfahrergymnastik wesentlich gebessert oder gar geheilt worden ist, so in einem Falle von schwerem chronischen Gelenkrheumatismus, von Gicht, Herzbeschwerden u. Ein Fall ist besonders bemerkenswerth. Ein 23jähriger Mann litt an starken hypochondrischen und nervösen Beschwerden, außerdem war ihm das rechte Bein in der oberen Hälfte amputirt worden. Man schnitt den künstlichen Fuß an das

Bein, und bereits am zweiten Tage gelang der Antrieb des Dreirades vermittelt des Stumpfes durch das künstliche Bein. Das Allgemeinbefinden besserte sich hier ganz wesentlich. Dr. Siegfried hat in 97 Fällen, die sich auf beide Geschlechter und die verschiedensten Altersklassen erstreckten, den Nutzen der Radfahrergymnastik erprobt. Freilich darf diese nicht in einen Sport ausarten. Darum ist, wenigstens im Anfang, eine unausgesetzte Kontrolle seitens eines Arztes erforderlich, der in der Radgymnastik selbst zu Hause ist. Nur dann können falsche Anwendungen, Uebertreibungen, aber auch grundlose Entmutigungen und vorzeitiges Aufgeben vermieden werden, wie es infolge der anfangs unvermeidlichen Unbequemlichkeiten zu befürchten ist.

Krebse, Erdbeeren und Nesselsucht. Der Genuß von Krebsen und Erdbeeren hat, so verlockend er auch gegenwärtig sein mag, doch seine Schattenseiten, wie ein junges Mädchen an sich erfährt, welches ein hiesiger Arzt, Dr. Alfred Brund, in der gestrigen Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft vorstellte. Die junge Dame hatte vor einigen Tagen Krebsen und darnach eine größere Menge Erdbeeren gegessen und bemerkte Tags darauf an Gesicht, Hals und Händen einen heftig juckenden Nesselausschlag, wie er bei manchen Leuten nach dem Genuß von Krebsen, Hummern, Austern, Seezischen, Erdbeeren, Himbeeren, Johannisbeeren, Ananas und Fruchteis, selbst von dunklem Bier austritt. Der Ausschlag zeigte sich nach dem Genuß zweier Gläser Münchener Bieres in verstärktem Maße, während es zugleich zu starken Hautblutungen in der Umgebung der Augen kam. Das Gesicht war dadurch so entstellt, daß die junge Dame trotz der glühenden Hitze nur kleververschleiert ausging. Man muß annehmen, daß eine Art reizender Stoff bei dafür empfänglichen Personen vom Verdauungskanal aus eine Störung der Hautgefäßnerven und der Gefäße selbst hervorruft, die sich in Form jener Nesseln und Blutungen äußert.

Das Injizieren des Neuen Sees in Treptow soll endlich in Entreprife vergeben werden. Bedingung ist, daß die Arbeit am 15. Juli begonnen und am 31. August beendet wird.

Der Fleischbedarf der Berliner Garnison ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, trotzdem über 16 000 Mann in der Reichshauptstadt und deren nächster Umgebung stationirt sind, ein verhältnismäßig geringer. Täglich werden für unsere Soldaten nur drei Stück Rinder im Schlachtgewicht von je 400 Kilogramm, neun Hammel zu je 40 Kilogramm und vier Schweine im Gewicht von je 100 Kilogramm geschlachtet. Dazu kommt noch ein Gesamtverbrauch von 280 Kilogramm Speck pro Tag. Auch über den Fleisch- und Brotdarf der ganzen deutschen Armee sind vielfach übertriebene Vorstellungen verbreitet. Er beträgt nur 1 pCt. des Gesamtverbrauchs im Deutschen Reiche. Im Durchschnitt erhalten die Soldaten sechs Mal Fleisch in der Woche und zwar Ochsenfleisch zweimal, Rind-, Hammel- und Schweinefleisch, sowie gedrückten Speck je einmal wöchentlich. Der Fleischverbrauch ist pro Mann und Mahlzeit auf 150 Gramm, der Speckverbrauch auf 100 Gramm festgesetzt.

Kürzlich berichteten wir an einem besonderen Beispiele über die gefährliche Ausbeutung junger Mädchen, welche von einigen Unternehmern zur Nachtzeit mit Blumen in die Lokale der Friedrichstadt gefandt werden. Das damals herangezogene Mädchen, welches bei dem angeblichen Zuschneider und pensionirten Bahnbeamten Köbler in der Tilsiterstraße 42 in Stellung war, ist kürzlich von einigen Arbeitern auf dem Tempelhofer Felde in bestmännlichem Zustand gefunden worden. Ihrer Angabe nach ist sie tagsüber als Dienstmädchen verwendet und nachts als Blumenhändlerin verkleidet in die Stadt geschickt worden; dabei sei sie der Verführung zum Opfer gefallen und zu einem unstilligen Lebenswandel verleitet worden. Inwiefern diese Mittheilungen stimmen, wird vielleicht eine behördliche Untersuchung ergeben, da die Angelegenheit der Polizei unterbreitet worden ist. Auf jeden Fall ist wohl die nachdrückliche Mahnung an junge Mädchen am Platze, auf keinen Fall als nächtliche Blumenhändlerin Stellung anzunehmen.

Das Großfeuer in der Chausseestraße beschäftigte die Löschmannschaften noch die ganze Nacht vom Donnerstag an der Anglickerstraße und dürfte jedenfalls noch etwa 8 Tage die Thätigkeit unserer Feuerwehr in Anspruch nehmen. Nach Mittwoch Abend um 11 Uhr mußte aus sechs Schlauchleitungen, unter Mitwirkung der Dampfspritzen, ununterbrochen Wasser in das lobernde, glühende Brausefeld gegeben werden. Erst am gestrigen Vormittag konnten die Aufräumarbeiten in Angriff genommen werden, während welcher die endgiltige Abklärung überhaupt nur ermöglicht ist. Die Feuerwehr hatte gestern einen außerordentlich schweren Stand. Viele der Löschmannschaften waren von 10 Uhr vormittags ab bis um 2 Uhr ununterbrochen an verschiedenen Brandstellen thätig gewesen. Um diese Zeit wurden sie nach der Chausseestraße berufen, wohin die sämtlichen Wachen Berlin ausziehen mußten, so daß die Stadt thatsächlich längere Zeit über anderweitige Feuerwehmannschaften nicht verfügte. Um 4 Uhr wurden einige Löschkräfte nach den Depots zurückgeschickt, welche dann um 8 resp. um 12 Uhr abends die Abklärung der total erschöpften Mannschaften vornehmen mußten. Ein Spritzenmann, welcher auf dem Dache eines Hauses in der Chausseestraße postirt war, verlor, vor Mähdigkeit, die Höhe und Qualm überwältigt, die Befähigung. Der Zusammenbrechende wurde von Privatpersonen aufgefangen, denen es auch gelang, den Feuerwehrmann ins Leben zurückzurufen. Kaum hatte der Bewußtlose die Befähigung wiedererlangt, so griff er nach dem Spritzenhahn, um von neuem seine gefährliche Thätigkeit zu beginnen. Von den nach den Krankenhäusern überführten Feuerwehrleuten befindet sich erscheinungsweise keiner in direkter Lebensgefahr; der Feuerwehrmann Wisdof, welcher vom Dache des Wohnhauses in den glühenden Innenraum des Gebäudes stürzte, liegt zwar im jüdischen Krankenhaus sehr schwer in Eispackungen darnieder, ebenso der infolge Absturzes innerlich verletzte Feuerwehrmann Gärtner, welcher nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft wurde, doch ist Hoffnung vorhanden, beide Personen am Leben zu erhalten. Zwei weitere Feuerwehrleute, Bethmann und Kühn, im St. Hedwigs-Krankenhaus, befinden sich bereits außer Gefahr. Der durch den Brand angerichtete Schaden ist bisher noch nicht festgestellt, doch dürfte derselbe eine Million Mark bei weitem überschreiten.

Ueber die Entstehungursache des Brandes sei noch folgendes bemerkt: Das Feuer entstand, wie bereits mitgeteilt, in der Häckelschneiderei, in welcher auch ein größerer Vorrath Häckel lagerte. In der über der Häckelschneiderei gelegenen Schloßerei wurde kurz nach 1 1/2 Uhr ein brandiger Geruch wahrgenommen und als ein Schloffer nach dem Hofe hinuntereilte, bemerkte er auch der Kammer herausdringenden Rauch. Er hatte kaum die Feuermeldung in der Werkstätte erstattet, als bereits die hellen Flammen emporloderten. Zu dieser Zeit befand sich in der Häckelschneiderei nur ein Arbeiter, welcher jedoch dorstselbst schlief und infolge dessen nur mit großer Mühe gerettet werden konnte. Die Entzündung des Häckels ist vermutlich dadurch hervorgerufen, daß Feuerfunken aus der Schloßerei durch eine Luke in die Häckelschneiderei flogen und dort den trockenen Vorrath in Brand setzten. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Amtlich wird über die Feuerbrunst noch berichtet: Das Feuer entstand, soweit bisher festgestellt werden konnte, in der auf dem Grundstück befindlichen Maschinenfabrik von Leonhardt u. Co. Die Feuerwehr war in voller verfügbarer Stärke zur Stelle und seit 13 Höhere von Handdruckspritzen und 10 von Dampfspritzen in Thätigkeit. Gleichwohl wurden sämtliche Baulichkeiten auf dem Grundstück mit allem Inhalt völlig vernichtet und 14 Personen beziehungsweise Firmen dadurch schwer geschädigt. Die Dummheit

Kompagnie „Berlin“ verlor allein 40 Pferde und Geschirre für 100 Pferde, eine Anzahl Fuhrwerke verloren Droschken und Pferde in größerer Zahl, die Firma Reunhardt u. Ko. 10 Kolonnen, die Wagenlactierei von Neilschlag u. Ko. Wagen, der Fuhrwagenhändler Wegel sämtliche Vorräte. Der Brand konnte erst heute um 9 Uhr vorüber als gelöscht angesehen werden, gleichwohl ist noch immer eine Dampfpeise in Thätigkeit, um das Wiederaufstehen einzelner Gegenstände zu unterdrücken. Mit der Bergung der Pferdeleichen wurde heute 6 Uhr begonnen. Von Menschen haben einige der auf dem Grundstück wohnenden Personen bei Rettung ihres Eigentums leichte Brandwunden erlitten. Die Oberfeuerwärter Kühn und Lembke und die Feuerwärter Bethmann, Stellett, Wisocki, Kramer und Galsche sind durch Einathmung von Dampfen und Qualm erkrankt und befinden sich theils in Krankenhäusern, theils in häuslicher Pflege. Ihr Befinden ist heute Vormittag verhältnismäßig zufriedenstellend, Lebensgefahr scheint bei keinem von ihnen vorhanden.

In der Liebesstragade in der Brunnenstraße werden noch folgende Einzelheiten berichtet. Alara Meinert war bis vor drei Wochen in der Reichenbergerstraße im Dienst. Seitdem hielt sie sich bei den Eltern in der Birkenstr. 22 auf, um sich nach einer Stelle als Verkäuferin umzusehen. Den Handlungsgeshilfen Spangenberg, der als ein ordentlicher Mensch geschilddert wird, kannte sie seit vier Wochen; ihre Eltern, die er auch besuchte, hatten gegen die Liebesschaft nichts einzuwenden. Nun wurde aber das Geschäft, in dem Spangenberg thätig war, verkauft, und der junge Mann verlor so seine Beschäftigung. Um sich andere zu suchen, wollte er nach Hamburg reisen. Alara Meinert bestimmte ihre Mutter, ihr zu erlauben, daß sie mit dem Geliebten dorthin gehe. Frau Meinert wollte aber darüber nicht allein entscheiden, sondern warten, bis ihr Mann, der augenblicklich in Bonn am Rhein als Maurer arbeitet, nach Hause gekommen wäre; das sollte nach etwa vierzehn Tagen geschehen, während Spangenberg bald abreisen wollte. Spangenberg hatte sich in den letzten Tagen in der Wohnung seiner unverheirateten Schwester, die verheiratet ist, aufgehalten. Alara Meinert ging am Dienstag Morgen von Hause weg. Die Nacht zum Mittwoch kam sie nicht wieder und ihre Mutter ging daher mittags nach der Brunnenstraße, um bei Spangenberg nach ihrem Verbleib zu sehen, da sie an den von der Tochter angekündigten Selbstmord nicht glauben wollte. Die Tochter hatte ihr geschrieben, daß sie ohne Paul nicht leben könne und daher mit ihm in den Tod gehen wolle. Als Frau Meinert keinen Einlaß bekam, ging sie wieder weg. Der Hausverwalter aber ging noch einmal hinauf, um wegen der Schlüssel, die er Spangenberg ausgehändigt hatte, nach dem Rechten zu sehen. So entdeckte man die Bluttat. Die beiden jungen Leute lagen als Leichen in den beiden Enden des Sophas. Der Revolver lag zwischen beiden. Spangenberg hatte seine Geliebte durch einen Schuß in den Mund getödtet und dann sich selbst eine Angel in das Herz gejagt.

Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten dürfen während der Dauer der Montage der neuen Brücke im Zuge der Viktoriastraße und zwar vom 8. Juli ab unter der Potsdamer Brücke Fahrzeuge von größerer Breite als 5,65 Meter überhaupt nicht und Fahrzeuge von 5 Meter und 5,65 Meter Breite nur dann durchfahren, wenn sie nicht mehr als 2,20 Meter Vordhöhe und 3 Meter größte Höhe haben. Kleineren Fahrzeugen, wenn sie mit Brennholz oder anderen hoch aufgeschichteten leichtem Gegenständen befrachtet sind, ist die Durchfahrt nur mit besonderer Erlaubnis des überwachenden Polizeibeamten gestattet. Für die Hierauf von dem Passiren der Potsdamer Brücke ausgeschlossenen Fahrzeuge sind, falls sie dadurch zum Verweilen der Stadt- oder Mühlendamm-Schleuse gezwungen werden, auch nur die für Passiren der Schleuse des Landwehrkanals zu entrichtenden Abgaben zu zahlen.

Die Neue Berliner Omnibus-Ges. hat mit dem heutigen Tage die Linie Schöneberg — Bahnhof Friedrichstraße über den Stettiner Bahnhof bis zur Brunnenstraße, Ecke Demminerstraße, verlängert. Ebenso nimmt die Linie Wausener-Bahnhof — Schleißer Bahnhof ihren Ausgangspunkt am Potsdamer Bahnhof und fährt durch die Leipzigerstraße — Spittelmarkt — Wallstraße — Schleißer Bahnhof bis zum Köpenicker Platz.

Von heute ab finden für den Fernsprechverkehr zwischen dem Reichs-Postgebiet und Bayern die im inneren Verkehr des Reichs-Postgebiets geltenden Gebührensätze Anwendung: Es werden demnach erhoben für das einfache Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten im Sprecherverkehr zwischen Orten, deren Hauptvermittlungsanstalten in der Luftlinie nicht mehr als 60 Kilometer von einander entfernt sind, 25 Pf., auf weitere Entfernungen 1 M.

Erstochen hat sich der 27 Jahre alte Pförtner August Meyer aus der Münzstraße. Eine Liebesaffäre soll die Ursache des Selbstmordes sein.

Auf dem Bahnhofs zu Lichtenberg ist Mittwoch Nachmittag der 48 Jahre alte Goldarbeiter Paul Weigner aus der Kaiserstr. 14 am Hirschlag gestorben. Weigner, der sein Goldgeschäft mehr durch seine Frau und Kinder versehen ließ, war selbst auch als Ausseher bei der städtischen Straßenpflasterung thätig. Vorgestern Morgen giug er schon um 5½ Uhr von seiner Familie weg, um Pflasterungsarbeiten auf einer Landstraße beim Bahnhofs zu Lichtenberg zu beaufsichtigen. Dabei traf ihn um 8 Uhr nachmittags ein Hirschlag, der seinem Leben nach kurzer Zeit ein Ende machte.

Verstorbene Mittheilungen. Ansehend in einem Anfall von Verfolgungswahn durchschneit sich die Ehefrau A. in der Wohnung eines Kutschers in der Bremerstraße, wo sie sich zum Besuch befand, die Pulsadern an beiden Händen. Sie wurde noch lebend in ein Krankenhaus gebracht. — Am Mittwoch Nachmittag brach in der Oberländerstraße ein etwa 80 Jahre alter Mann, anscheinend Arbeiter, vom Hirschlag betroffen, besinnungslos zusammen und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. — In der Nacht zum 1. d. Mts. wurde an der Koblentzstraße die nur mit einem Grande bekleidete Leiche einer etwa fünfzigjährigen Fremdenperson aus dem Schiffahrtskanal gezogen. Näheres über die Persönlichkeit und die besonderen Umstände des Todes ist noch nicht festgestellt. Ebenfalls in der Nacht warf sich der Tapezierer J. in der Eolringerstraße anscheinend in selbstmörderischer Absicht vor einen Pferdeabfuhrwagen. Er wurde am linken Fußgelenk überfahren und in ein Krankenhaus gebracht. — Abgesehen von dem Großfeuer in der Gnausstraße wurde die Feuerwehr im Laufe des Mittwochs noch 11 Mal zu anderen Bränden gerufen. Mit Ausnahme des schon erwähnten Falles, wo im Humboldthafen ein mit den beladener Kahn brannte und 6 Spritzenrohre zur Abkühlung erforderlich waren, handelte es sich theils um unbedeutende Schadenfeuer im Innern von Häusern bezw. um blinder Värm.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg wird berichtet, daß der gestern unter „Gerichts-Zeitung“ gekennzeichnete Herausgeber des „Schöneberger Wochenblattes“, Herr A. M. M. M., seine Qualifikation als Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte namentlich während des 1894er Bierbojkotts glänzend bewiesen hat. Damals entrückte er sich in der unabhingigen Weise über die Arbeiter, die nicht waren als bojkottirende Sozialdemokraten und ehrenhafte Menschen.

Die Errichtung von Amtsgerichten für die Vororte steht, wie die Gemeinde Steglitz kürzlich auf Anfrage beim Justizminister erfahren hat, noch in weitem Felde.

In der Tübinger Militär-affäre schreibt jetzt die „Germania“: „Ein Reservist am Hirschlag gestorben! Bei der Sonnenbluth, die am letzten Freitag auf das Tübinger Truppenlager brannte, fand dort, wie wir bereits meldeten, vor dem Divisionskommandeur Generalleutnant v. Falkenhäuser ein Exerzierer einer unter dem Kommando des Prinzen Leopold von Preußen stehenden Brigade statt, bei der eine große Anzahl Leute schlapp wurden. Wir theilten

auch mit, daß bei dieser Gelegenheit und infolge der großen Hitze ein Todesfall vorgekommen ist; bei der Verschwiegenheit, mit welcher solche unangenehme Vorkommnisse behandelt werden, ist die Feststellung der wirklichen Thatsache äußerst schwer. Wir konstatiren aber, daß ein amtliches Dementi des Todesfalles nicht erfolgt ist, und geben daher dem bestimmt austretenden Gerüchte Ausdruck, daß der Verstorbene ein Unteroffizier der Reserve vom Kaiser Franz Gardegrenadier-Regiment ist, und daß heute die Beerdigung desselben mit militärischen Ehren erfolgt.“

Die neue Charlottenburger Stadtkasse wurde noch gestern — in letzter Sitzung — in Höhe von 24 Millionen Mark von den Stadtverordneten genehmigt, nachdem der Ausschuss in der kurzen Zeit von acht Tagen über die erst in voriger Woche eingebrachte Magistratsvorlage berichtet hatte. 20 Millionen waren nur gefordert worden. Der Ausschuss begründete die Mehrforderung mit der Nothwendigkeit des Baues einer großen Markthalle, die sich von der Berliner Markthalle unabhängig machen müsse; an eine Erweiterung der letzteren sei infolge der Schwierigkeit des Gefähr-Anschlusses nicht zu denken, so daß für Charlottenburg die günstigsten Konjunkturen beständen.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes ist in Tegeel gefunden worden. Der Todte ist 1,60 Meter groß, hat graues Haar und Kinnbart und ist mit einem schwarzen Rodanzug und Jungstiefeln bekleidet.

Ein räthselhafter Leichensund beschäftigt die Polizeibehörde in Köpenick. Am gestrigen Morgen gegen 10 Uhr wurde in der Spree, in der Nähe von Hirschgarten, die Leiche einer Amsung der dreijährigen Tochter eines Mannes gefunden, deren Kopf mit einer Schürze, die durch Gummischur zusammengehalten wurde, umhüllt war. Die Unbekannte ist von kräftiger, untersehter Gestalt und war bekleidet mit einem rothbraunen Spitzenkleid, grauen Strümpfen, grau gestreiftem Unterrock und Halbschuhen. Spiren, welche auf eine Gewaltthat schließen lassen, sind an der Leiche nicht entdeckt worden.

Gerichts-Zeitung.

Ein kaum glaubliches Benehmen einer Dame gegenüber brachte dem Journalisten Petzilat gestern vor der 136. Abtheilung des Amtsgerichts I eine empfindliche Strafe wegen Verleumdung und zugleich groben Unfugs ein. Als eines Abends eine Frau G. mit ihrem jugendlichen Sohne aus der Philharmonie nach Hause ging, wurde sie von dem Angeklagten in der aufdringlichsten Weise belästigt; er sah ihr frech ins Gesicht, sagte sie am Arm u. s. w. Als der Sohn mit den Worten: „Aber das ist ja meine Mutter.“ dazwischentrat, stieß der Angeklagte ihn zurück und setzte seine Belästigungen in der ungentesteten Weise fort, so daß sich die Dame gezwungen sah, den Schutz des nächsten Schutzmannes in Anspruch zu nehmen; aber auch da setzte der Angeklagte seine beleidigenden Bemerkungen noch fort. Auf der Wache war die Feststellung seiner Personalkennzeichen mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Der Gerichtshof sah mit Rücksicht auf das geradezu brutale Benehmen des Angeklagten, welcher sich zu den „Gebildeten“ rechnet und im Hinblick darauf, daß anständige Frauen, welche gezwungen sind, abends allein oder nur in Begleitung jugendlicher Personen auf der Straße zu gehen, vor dergleichen Angriffen energisch geschützt werden müssen, von einer Geldstrafe ab und erkannte auf eine Woche Gefängnis, sowie Publikation des Urtheils.

Die angebliche Störung eines Festgottesdienstes im Walde am Tage der Jentenaarfeier führte gestern den Arbeiter Karl Lehmann aus Köpenick vor die erste Strafkammer am Landgericht II. Die Patrioten der Stadt Köpenick feierten ihre Wilhelmfeier auf einem freien Plage im königlichen Forst, dicht an der Oberhörsierel. Hier war ein Altar aufgebaut und der Platz war ringum der Feier des Tages entsprechend decorirt. Um den Altar gruppirten sich die Behörden, die drei Geistlichen, die Schulen, Krieger, Turner und andere Vereine mit ihren Fahnen und endlich das Publikum. Während der Prediger Dr. Schwarzlose die Festrede hielt, vernahm man aus dem Munde des Arbeiters Karl Lehmann die Worte: „Quatsch nicht lange!“ Oberwachmeister T. rief und Gendarm Claus verhafteten darauf den Mann. Der Angeklagte bestritt entschieden den intrinirten Anruf und gab an, nur seine bei ihm befindliche kleine Tochter zur Müde ermahnt zu haben. Von den geladenen drei Zeugen hatte nur der Oberwachmeister den Ruf aus nächster Nähe gehört, die anderen hatten die Worte nicht verstanden, sondern wollen nur bemerkt haben, daß Angeklagter den Hals recht ausgestreckt habe, nach ihrer Meinung, damit der Prediger den Ruf über die Köpfe der Anwesenden hinweg deutlich hören sollte. Der Staatsanwalt Wenzel hielt die vom Angeklagten verübte Störung für eine so hochgradig sitoole, daß er nicht weniger als neun Monate Gefängnis in Antrag brachte. Der Gerichtshof nahm an, daß der Einwand des Angeklagten, er habe zu seinem Mädchen gesprochen, hinlänglich sei und derselbe eine Störung beabsichtigt habe. Der Angeklagte habe damit eine Einrichtung der christlichen Kirche, das Predigtamt, beschimpft und gleichzeitig groben Unfug begangen. Da er aber noch unbescholten sei, habe der Gerichtshof nur auf drei Monate Gefängnis erkannt.

Es ist strafwürdig, unentgeltlich Kaffee anzuschänken! Wir berichteten neulich über die eigenhämischen Gerichtserkenntnisse, durch die es Kaufleuten verwehrt wird, ihren Kunden unentgeltlich ein Schänkchen zu verabreichen, wenn sie sich nicht im Besitze einer Schankkonzession befinden und für ihr „Schankgewerbe“ keine Steuern entrichten. Jetzt haben sich die Gerichte sogar gegen die unentgeltliche Hergabe von Kaffee erklärt. Der Kaufmann Wolf, der vornehmlich mit einer größeren Landwirthschaft zu rechnen hat, traktirte gewohnheitsgemäß die Kaiserinnen und Käufer, die ihn „in Nabrung setzten“, mit dem edlen braunen Getränk. An manchen Tagen soll er an 80 Tassen verschenkt haben. Das Schöffengericht sprach ihn von der Anklage der Gewerbesteuer-Kontravention und des Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung frei. Es läge kein konzessionspflichtiger Schankbetrieb vor. Die Strafkammer verurtheilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe. Sein Verhalten stelle sich dar als Ausübung des Schankwirthschafts-Gewerbes, wozu er der Erlaubnis bedürft hätte. Sein Bestreben sei gewesen, mittelbar Vorteile zu erzielen. Er habe sich die Kunden erhalten und neue hinzu gewinnen wollen. Wolf legte Revision ein und machte geltend, es sei der Begriff des gewerblichen Schankbetriebes verkannt worden. Der Strafsenat des Kammergerichts wies aber das Rechtsmittel unter folgender Begründung zurück: Der Begriff der Gewerbmäßigkeit sei nicht verkannt worden, auch sei anzunehmen, daß ein konzessionspflichtiger Schankbetrieb vorliege. Es stehe für das Gericht auf grund der Verhandlungen des Landgerichts fest, daß Wolf durch die unentgeltliche Hergabe des Kaffees sich habe Kunden erhalten und daß er neue Kunden habe anlocken wollen. Diese seine Thätigkeit sei also darauf hinausgelaufen, einen sortgesetzten Erwerb auszuüben. Der erzielte Vortheil sei allerdings kein unmittelbarer gewesen, indessen wäre dies auch nicht die notwendige Voraussetzung der Gewerbmäßigkeit. Es genüge die Absicht, mittelbar Vorteile zu erringen.

Eine polizeiliche Verfügung bezüglich der neuen Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896 ist jetzt seitens des königlichen Polizei-Präsidenten deshalb an die Exekutivbeamten ergangen, weil die Schenkleute bisher im Zweifel waren, welche Geschäftsinhaber an den Sonntagen die Vadenthüren geschlossen haben müssen. Bisher erstatteten sie in jedem Falle eine Anzeige, wie auch die Verhandlung lehrte, die gestern gegen den Gastwirth Georg Bergmann vor der 141. Abtheilung des Amtsgerichts I. zu einer interessanten Freisprechung führte. Der Angeklagte hatte aus § 6 der Verordnung vom 10. Oktober v. J. ein Strafanwalt über 2 M. erhalten,

weil er gegen 1 Uhr mittags seine Vadenthüre offen stehen ließ. Nach § 6 werden aber nicht die Gastwirth, sondern nur die übrigen Vadeninhaber von der neuen Verordnung getroffen. Nicht einmal § 8 findet bei dem Angeklagten Anwendung, weil sich dieser Paragraph nur auf solche Lokale bezieht, in denen vorwiegend Branntwein verschickt wird. Letzteres war dem Beamten aus eigener Wissenschaft wohl bekannt und aus diesem Grunde beantragte Rechtsanwalt Dr. Schöps wegen der groben Fahrlässigkeit des Beamten nicht nur die Freisprechung, sondern auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Letzteren Antrag hat der Vertreter der Anklagebehörde abgelehnt, da der Beamte höchstens geirrt habe und dieses menschlich sei. Der Gerichtshof schloß sich aber der Ansicht des Verteidigers in allen Punkten an, denn gerade von einem Exekutivbeamten, der berufen sei, auf Uebertretungen zu achten, müsse man verlangen, daß er auch die Gesetze kenne. Von einem Staatsbürger verlange man die genaue Kenntniß der Gesetze, weshalb Unwissenheit vor Strafe nicht schütze, ein Schenkmann dürfe deshalb keine Ausnahme machen. Das Gericht war sogar zu Rathe gegangen, ob nicht die Kosten des gesammten Rechtsstreites dem betreffenden Beamten aufzuerlegen waren, weil schon wiederholt ganz gleiche Fälle verhandelt wurden und mit Freisprechung endigten. Nur deshalb wurde Abstand genommen, weil bisher seitens der Verteidigung noch nicht solcher Antrag gestellt worden ist. Amtsgerichtsrath Wichmann war der Hoffnung, daß in Zukunft die Schenkleute bei neuen Verordnungen besser instruiert werden, und sprach den Angeklagten frei, weil es nicht statbar ist, wenn nach Beendigung des Hauptgottesdienstes die Vadenthüren der Schanklokale offen stehen. Nach dem Antrage des Rechtsanwalts Dr. Schöps wurden auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufgelegt.

Das Rechtsmittel der Revision ist in der Strafsache gegen den Musikdirektor Oskar Oldrich und den Schneidermeister Paul Teob, die wegen wissentlichen Meineides bez. Anstiftung zu zwei und vier Jahren Zuchthaus verurtheilt wurden, von den Rechtsanwältin Dr. Bieder und Dr. Werthauer eingelegt worden.

Wegen Anfreizung zu Gewaltthätigkeiten stand gestern der Tischlergeselle Anton Heesatz vor der II. Strafkammer des Landgerichts I. Am 21. März d. J. fand in einem Lokale in der Alten Jakobstraße eine Versammlung politischer Sozialdemokraten beiderlei Geschlechts statt. Zunächst wurde ein Vortrag über die Revolution von 1848 gehalten, sodann folgte eine allgemeine Diskussion, an der sich Männer und Frauen beteiligten. Auch der Angeklagte nahm das Wort. Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten zwei Feiertage hätten, den 18. März und 1. Mai. Diese Feiertage würden ihnen aber nicht gegönnt, die Leute, welche am 18. März mit Kränzen nach dem Friedrichshain kämen, würden von den Schenkern mit dem Säbel fortgetrieben. Die Revolution von 48 habe dem Volke keine Vorteile gebracht, die ihm gemachten Versprechungen seien nie erfüllt worden. Den weiteren Inhalt dieser Rede hielt der Staatsanwalt Boermann, welcher gestern die Anklagebehörde vertrat, für so aufreißender Natur, daß er gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahr beantragte. Der Gerichtshof hielt es für besonders erschwerend, daß die Versammlung am Vorabend der Jentenaarfeier stattfand (?), das Urtheil lautete auf 6 Monate Gefängnis!

Um sich einen kleinen Nebenverdienst zu verschaffen, hat der Schildermaler August Wollmann zu einem Mittel gegriffen, welches ihn gestern unter der Anklage des Betruges vor die 9. Strafkammer des Landgerichts I. führte. Der Angeklagte pflegte solche Schankwirthschaften zu besuchen, deren Inhaber mit Konfessionschwierigkeiten zu kämpfen hatten und besonders die Polizeistunde verlängert wünschten. Er erbot sich, eine dießbezügliche Eingabe an das Polizeipräsidentium zu richten und verpackt einen Erfolg davon, da er pensionirter Bachmeister sei und „oben“ gute Verbindungen habe. Der Wirth nahm darauf das Anerbieten an und opferte auch dafür die verlangten 1,60 M. Der Angeklagte verpackte auch eine Eingabe, die aber immer abschläglich beschieden wurde. Hierüber that Wollmann feilschäftlich verwundert, er meinte, daß er dann noch einmal mit seinem einflußreichen Freund sprechen müsse, was allerdings wiederum 1,60 M. koste. Wenn der Angeklagte dies Geld hatte, ließ er sich nicht wieder blicken. Dies Wollmann hatte der Angeklagte in vier Fällen gemacht. Das Gericht besetzte ihn hierfür mit einer Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis.

Der Spruch der Anwaltskammer, welcher in einem Disziplinarverfahren gegen Rechtsanwalt Dr. Alfred Wallien unglücklich für diesen ausgefallen war, ist von dem Ehrengerichtshof in Leipzig in vollem Umfange aufgehoben worden; Rechtsanwalt Dr. Wallien wurde freigesprochen.

Die Vertheilung der Gewerbesteuer betrifft eine wichtige Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. Ein Gattereibesitzer A. aus der Umgegend Berlins hat in einer Berliner Markthalle einen Stand, wo er einen Theil der in seinem Wohnorte gezogenen Blumen verkauft. Der Magistrat von Berlin wurde vom Steuerauslaß und von der Regierung mit dem Antrage abgewiesen, wegen der fraglichen Berliner Verkaufsstelle den von A. gezahlten Gewerbesteuerbetrag zu zerlegen und Berlin daran zu beteiligen. Das Ober-Verwaltungsgericht hob aber die Vorbescheide wieder auf und wies die Angelegenheit zur anderweitigen Entscheidung in die Vorinstanz zurück. Die Stadt Berlin sei antheilsberechtigt und zwar als Betriebsort. Als Betriebsort im Sinne des Gesetzes sei hier Berlin deshalb anzusehen, weil A. in der Stadt eine Verkaufsstätte im Sinne des § 2 des Gewerbesteuer-Gesetzes unterhalte, denn eine Verkaufsstätte bilde stets eine Betriebsstätte.

Der Prozeß um die sozialdemokratische Gesinnung. Der Prozeß des wegen angeblicher sozialdemokratischer Gesinnung aus der Steuerklasse des Krieger- und Begräbnisvereins zu Friedberg (Neumark) ausgestoßen gewesenen Arbeiters Karl Henkel, der den Verein mit dem Antrage verlagte hatte, daß er verurtheilt werde, ihn mit allen Rechten und Pflichten in den Verein wieder aufzunehmen, ist, wie wir in der „Voss. Ztg.“ lesen, dieser Tage vor dem Kammergericht zum endlichen Abschluß gelangt. D., der seit 1873 Mitglied des Vereins und der Steuerklasse gewesen war und die Beiträge stets bezahlt hatte, wurde im Jahre 1894 durch Generalversammlung-Bechluss der Mitgliedschaft für verlustig erklärt unter Hinweis darauf, daß er sozialdemokratischen Neigungen huldige und auch einem sozialdemokratischen Vereine angehört habe. Die Klage des D., worin er anführte, daß er den Verein „Einigkeit“ nie als einen sozialdemokratischen, sondern nur als einen Vergnügungsverein angesehen habe, in den er nur einmal seine Kinder zu einem Tanzvergnügen begleitet, den er sonst aber nie besucht habe, daß er in Wirklichkeit auch gar nicht Anhänger der sozialdemokratischen Partei sei, wurde indess von dem Landgericht zu Landsberg an der Warthe abgewiesen. Nach der amtlichen Auskunft der Polizeiverwaltung zu Friedberg unterhalte der Kläger nämlich Umgang mit sozialdemokratischen Männern und erscheine aus diesem Grunde nicht frei von sozialdemokratischen Gesinnungen. Ein Zeuge bekundete, daß D. ihm einmal einen sozialdemokratischen Wahlscheit gezeigt habe, was keine andere Deutung zulasse, als daß D. sozialdemokratisch gewählt habe. In dem Verein „Einigkeit“ seien auch sozialdemokratische Mitglieder gesungen worden, ein Beweis dafür, daß die Teilnehmer auch sozialdemokratischer Gesinnung seien. Aus diesen und anderen Umständen schloß der Gerichtshof, daß D. zweifellos sozialdemokratische Tendenzen bekundet habe, und daß somit sein Ausschluß zu recht erfolgt sei. Auf die Berufung des D. ordnete das Kammergericht erneute Vernehmung an und erkannte, da diese ein überzeugendes Ergebnis nicht hatte, auf einen Eid für D., dahin gehend: „Es ist nicht wahr, daß ich

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 2. Juli.
Neues Igl. Operntheater (Kroß).
Cohenstr. 7 Uhr.
Leitung. Die Weiße. 7 1/2 Uhr.
Westen. A Basso Porto. (Am unteren Hofen) 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Stellvertreter. 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
Rehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient. 8 Uhr.
Selle-Alliance. Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr.
Alexanderplan. Verkauflicher Werth.
Anfang 8 Uhr.
Scheid. Unsere Reichspost. 8 Uhr.
Hofes. Venus auf Erden. 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Die Kinder der Wüste.

Ostend-Theater.
Gr. Braunkirchstr. 132. Dr. C. Westh.
Unsere Reichspost.
Durchschlagender Erfolg. Anf. 8 Uhr.
Im Garten:
Spezialitäten ersten Ranges. U. a.:
Hugo Schulz.
Lebende Photographien. Anf. 5 1/2 Uhr.
Sonnabend:
2. großes Sommernachtsfest.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
Venus auf Erden.
Büchsenphantasische Operette in einem Akt von Volten-Bäckers.
Musik von Paul Linde.
In Szene gesetzt vom Dir. J. Gläd.
Neues
Spezialitäten-Programm.
Otto Reutter. - Kinetograph.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Konzert 7 Uhr. Vorstellung 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Im schönen Garten täglich:
Konzert.
Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Eine verhängnisvolle Nacht.
Voll in Gefangnis in 1 Akt
von Rehner.
Berliner Wäschermädel.
Büchse mit Gefangnis und Tanz
von W. Geride.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
und Donnerstag im Saale:
Grosser Ball.

Viktoria-Brauerei
(Garten resp. Saal)
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
(Weissel, Pietro,
Britton, Steidl,
Krone, Köhl,
Schneider
und Schröder.)
Zum Schluss, anderer Novitäten
wegen nur noch diese Woche:
Ein vergnügter Wahltag.
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf Billets à 40 Pf.
und Familienbillets à 1 M.

Puhlmann's
Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 118.
Sakani-Allee 97-99.
Täglich:
Mannschaft an Bord.
Komische Operette in 1 Akt.
Amelia Bland. Bewandlung:
Soubrette. Paul Petras. Genl.
Nongleur. Martinus. Gelang:
u. Tanz-Duetten. Barbarina.
Ballst. Ensemble. Nizzi Braun.
Kosimus-Soubrette. Gebr. Harry
und William Latoure. Piccolo.
Theater. Geschw. Morlé, die
Planeten d. Sult. Arthur Martin,
Jimmort. Little Charles, Pa-
minesburg. Metzely Troupe,
Miniatur-Akrobaten.
Im Saale: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Reservirt Platz 50 Pf.

Möbel Theilzahlung.
J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Urania,
Tauben-Strasse 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Invalidentheater. 57/52 (Belgier Stadt-
Bahnhof): Täglich von 5 Uhr nach-
mittags ab bis 10 Uhr abends Stein-
warte und Mondpanorama. Eintritt
50 Pf. Näheres die Tagesanschlage.

**Passage-
Panoptikum.**
30
Kinder
der
Wüste.
Beduinen, Derwische,
Schlangen-
beschwoerer, Bauch-
tänzerinnen etc.
Vorstellung
12, 5, 7, 9 Uhr.

Castan's
Panoptikum.
Neu! Die elektrisch
beleuchten
und künstlich
sprechenden
Neu! Menschen.
Neu! und hochkomisch!

Rixdorf, Ed. Wiersing's
Restaurant, Garten
und Ball-Saal.
Knechtstr. 77. Hermannstr. 87.
Jeden Sonntag im Garten:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
bei freiem Entree. 1912-
Im Saale: Gr. Ball. Kaffeeküche.
v. 4 Uhr ab. 2 Kegelbahnen.
Weine Spezialitäten stehen zu Verantwor-
tung. Hochzeiten und bei Verheirathungen
zur Verfügung. Für gute Speisen
und Getränke ist bestens gesorgt.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater und Spezialitäten.
Troupe Grigolatis, Tänzer und Gymnastiker. Emmy Dahl
& Carla Walton, Chansonettensängerinnen. Theod. Lippardt,
Tanzhumorist. Geschw. Tilly, Gelangs- und Tanzduettistinnen.
Dahn & Walde, Spielduettisten. The Buffalos, Excentrics etc.
Volksbelustigungen
aller Art.
Im Saale:
Ball.
Im Juli sind noch 2 Sonnabende an
Bereine zu vergeben.

Ostbahn-Park
Näherdortstr. 71. Am Küstriner Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 20 Mann starken Hauskapelle
unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
Kaffeeküche 3 bis 5 Uhr. - Volksbelustigungen aller Art.
4 Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche.
Entree: Sonntags 30 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomie: Birkholz & Mittag.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: Grosser Ball bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, aus-
gezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Geschäfts-Verlegung.
Som 30. Juni d. J. ab befindet sich unsere
Buchdruckerei
Louisen-Ufer 11 (zwischen Dackowstr. u. Engelbecken.)
Die Verlegung stellen wir für notwendig, um Betriebsverbesserungen
(Einführung elektrischer Betriebskraft etc.) vorzunehmen und dadurch allen
Anforderungen der Neuzeit gewachsen zu sein.
Zudem wir den Vereingewissen und allen sonstigen Geschäftsfreunden
den herzlichsten Dank für das uns bisher geschenkte Vertrauen ausdrücken,
ersuchen wir gleichzeitig, uns auch im neuen Geschäftslotal das gleiche
B Wohlwollen entgegen zu bringen.
Drucksachen jeder Art werden stets prompt und
sauber zu soliden Preisen angefertigt.
Maurer & Dimmick.
Hochachtungsvoll

Zu Landpartien und Reisen
M. & W. Müller's Nordlicht wegen seiner
vorzüglich wohlwärmenden Qualität ganz besonders zu
empfehlen und namentlich als Zusatz zum Trank und
Selterswasser geeignet. 20642
M. & W. Müller's Nordlicht, ein hoch-
feiner alter Nordhäuser, 1896 mit goldener Medaille
und Ehrenzeugnis prämiirt, ist nur echt und unverfälscht
in unseren mit Firmenguss im Glase versehenen Original-
flaschen, die mit unseren Firmensiegeln verschlossen sind und mit
unserem schützenden blauen Etikette versehen sind, überall
für 1 M. inkl. Flasche käuflich, wo unser neubekanntes
Plakat aushängt.
Zu kalthergebrachten giebt man ähnliche Qualitäten Nordhäuser
nicht unter 1,50 M. ab.

Actien-Brauerei
Friedrichshain.
Heute
Freitag:
Gr. Militär-
Frei-Konzert.
Programm
unentgeltlich.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbusferstr. 4a. Jub. P. Vierry.
Täglich:
Gr. Garten-Konzert und
Vorstellung.
Stets wechselndes Programm.
Alle Tage Novitäten!
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.

Jul. Wernau's
Sommer-Theater.
Schwedter-Str. 23.
Sonntag, den 4. Juli: Garten-
Konzert - Familien-Kaffee-Kochen -
Volksbelustigung aller Art. - Regel-
bahn, Schiessstand, Würfelstuden,
Pungenpreier etc.
Entree frei!
Wozu ergeht! Entree frei!
J. Wernau.
Donnerstag, den 8. Juli: Großes
Garten-Kinderfest.

Bahn-Atelier.
Künstl. Bühne in tadelloser Aus-
führung v. 3 M. Blumen v. 2 M. an.
Schmerzlos. Zahnziehen mit Cocain,
Chloroform, Chloroform und Ladings
unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei
Bestellung v. künstl. Zähnen Zahn-
ziehen, Zahnreinigung umsonst; Zahn-
zahlung gestattet, Woche 1 M.
Guckel, Kaufm. Weg 2,
Grafenstraße 12, Steglitzerstraße 71.
Wenig gedruckte Ruhbaum-
Möbel fortwährend vorr. f. a. v.
Giesebrecht, Hagenplatz 18, v. III.
Kochstr. 20, Hof 3 Tr., d. Steisch f. d. l.
Schlafstube. 20258

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr: 103/7
Sitzung der Ortsverwaltung.
Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn Helfer, Cranienstr. 51.
Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über die Einführung des Organs der sozialorganisirten
Gewerkschaften Deutschlands. 142/19
Der Wichtigkeit der Angelegenheit wegen ist das Erscheinen aller Mit-
glieder erforderlich. Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!
Sonntag, den 4. Juli d. J., vormittags 10 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn M. Cohn, Benthstraße 29 (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung
der Filiale II. Berlin des Zentralverbandes deutsch. Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gemeinlichliches. 137
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gäste haben Zutritt.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist
es, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Lokalverwaltung.

Zentral-Verband Deutscher Maurer.
Zahlstelle Berlin I (Putzer).
Am Sonntag, den 4. Juli, im Lokal „Arminhallen“,
Kommandantenstrasse No. 20:
General-Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. (Wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Kassenaufrechnung
vom 2. Quartal 1897. 3. Bericht des Vereins. - Der Wichtigkeit des ersten
Punktes der Tagesordnung wegen werden die Mitglieder aufgefordert,
sämtlich und pünktlich zu erscheinen. 135/1
Die Billets zum 7. Stiftungsfest werden in dieser Versammlung
zur Ausgabe gelangen. Die örtliche Verwaltung.

Berein der Bau-Anschläger
Berlin und Umgegend.
Am Sonntag, den 4. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokal
von Buske, Grenadierstrasse 33:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Kassenschefforen. 3. An-
trag A. D. o. a. w. 4. Verschiedenes und Fragelosen. Der Vorstand.
Die diesjährige Landpartie des Vereins findet am Montag, den
19. Juli statt. Billets für Mitglieder 1,25, für Gäste 1,50, Kinder über sechs
Jahren 0,50 Mark. Treffpunkt und Abfahrt präzis 8 Uhr nach Stolpe bei
Wannsee, Restaurant Lindengarten. Zur recht regen Theilnahme ladet ein
Das Komitee. 33/20

Achtung, Bau-Arbeiter!
Sonntag, 4. Juli, vormittags 11 Uhr, Inselstraße 10:
Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle I. Berlin.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1897. 2. Neuwahl des ersten Kassiers.
3. Verhandlungsgegenstände und Verschiedenes. 33/9
Die Kollegen, welche Sammel-Billets und Streifen-Billets noch in
ihrem Besitz haben, werden ersucht, mit denselben bis Sonntag abzurechnen.
Diejenigen Kollegen, welche wegen des Krankheitsfalls um Unterstüzung an-
getragen haben, werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Tapezierer.
Sonnabend, den 3. d. M., abends 9 Uhr,
im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wagner über: „Industrielle Entwidlung
und Arbeiterkämpfe“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 157/15
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dampfer-Nachtpartie
verbunden mit Sommernachts-Ball
in den Gesamtträumen des herrlich an Wald u. Wasser gelegenen
Müggelschlosschen (Friedrichshagen).
Preis für Hin- und Rückfahrt incl. Tanz: Herren 1 M., Damen 80 Pf.
Abfahrt abends 8 1/2 Uhr von der Jannowitz-Brücke.
Billets sind zu haben in der Versammlung, bei J. Rosenthal,
Wasserthorstr. 52, 4 Tr.; O. Schulze, Annenstr. 26, 2 Tr., und bei
allen bekannten Kollegen. 157/16
Zahn-Klinik
Röhne 2 M. Theilzahlung 1 M. die Woche.
Grieser, Grüner Weg 29, II. (2584b)

Deutsch-Amerikanische Schuh-Fabrik
Deutsch-Amerikanische Schuh-Fabrik
Deutsch-Amerik. Schuh-Fabrik.
Deutsch-Amerik. Schuh-Fabrik.
Deutsch-Amerik. Schuh-Fabrik.
Direkte Verkaufsstellen
ohne Zwischenhandel:
Rosenthalerstr. 67. Friedrichstr. 131. Oranienstr. 162.
(zw. August- u. Linienstr.) (nahe Karlsruhstr.) (zw. Oranien- u. Moritz-Platz.)
Preise billig und fest, auf jeder Sohle deutlich gestempelt.
Vorzeiger dieser Annonce erhalten 2 pCt. Rabatt. 2060L

Deutscher Holzarb.-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
der Kollege
Ludwig Karl Meyer
nach längerer Krankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des städtischen Kirch-
hofes in Friedrichshagen.
Um rege Theilnahme ersucht
Die Ortsverwaltung.

Codes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Sozialdemo-
kratischen Volksvereins des 4. Berliner
Wahlkreises Thien zur Nachricht: Am
29. v. Mts. morgens 6 Uhr starb
unser alt bewährtes Mitglied, der
Lidger
Karl Meyer
an der Prostatar-Krankheit. Die
Beerdigung findet am Freitag Nach-
mittags 5 1/2 Uhr von der Leichenhalle
des städtischen Kirchhofes in Friedrichs-
hagen aus statt.
Um rege Theilnahme bitten
Der Vorstand.
203/6

Heute Abend 6 Uhr endete der
Tod die qualvollen Leiden meines
theuren unergieblichen Weibes, unserer
guten Tochter, Schwester, Tante und
Schwägerin
Wanda Kendelbacher
geb. Franke
im noch nicht vollendeten 37. Lebens-
jahre. - Dieses zeigt an im Namen
der trauernden Hinterbliebenen der
tiefgebeugte Gatte
Richard Kendelbacher
Berlin, 30. Juni 1897.
N. Rudowstr. 133, III.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 4. Juli, vorm. 11 Uhr, von der
Leichenhalle d. Gethsemane-Kirchhofes,
Nieder-Schönhausen, aus statt.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Am 29. v. M. verstarb plötzlich in-
folge eines Herleidens unser
Anerkand, der Zimmerer Hr. August
Hogen. Dessen Beerdigung findet
Sonnabend, den 3. Juli, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Johanniskirchhofes bei Pötschen statt.
Der Vorstand. 29465

Für die große Theilnahme bei der
Beerdigung meiner lieben Frau sage
allen Freunden und Bekannten herz-
lichen Dank.
Berlin N.W., 1. Juli 1897.
August Braun.
29506

Danksagung.
Allen Verwandten und Freunden,
sow. d. Berl. Kranken-Unter- u. Begr-
verein f. Frauen u. Mädchen, für die
Theilnahme an der Beerdigung meiner
lieben Frau meinen herzlichsten Dank.
29515
Karl Konzer.

Ein großer Vorrath
Teppiche
vorjährige Muster,
in vorzüglichsten Qualitäten in
echt Smyrna, Tonnapis,
Brüssel, Belours, Tapestry
und prima Arminster, in
allen Größen 16310
spottbillig!
J. Adler
Teppichhaus.
Berlin C., Spandauerstr. 30.
Reich Preisliste gratis u.
Illustrirte franko.

Sophastoffe
Souch Reste
in Rips, Damast, Crepe,
Phantasie, Gobelin und
Blisch spottbillig! 16350
Proben franko!
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen
Lanierhose
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Cranienstr.
Nr. 158.

Sommer-Freuden-Fest Schloss Weissensee 3.-8. Juli 1897.
Eine Hochzeit auf Helgoland.
Hochzeitsmarsch unter Betheiligung des Publikums. - Militär-Doppel-Konzerte. (2100L)
Beginn des Festes **Sonnabend 4 Uhr.** Vorführung von Künsten
aller Art. Monstre-Feuerwerk.
Eintritt 50 Pfennige.
Vorverkauf zu ermäßigten Preisen in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobson in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glade in Berlin. Druck und Verles von Max Wieding in Berlin.